SCHANZEN LEBEN

DM 2,50



Nov./Dez. '93

Impressum

Schanzenleben
Postanschrift: c/o
Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55 oder
Schanzenstraße 59 in
2000 Hamburg 36

Herausgeberin:
IG Schanzenleben GbR
(v.i.S.d.P) für diese Ausgabe ist:
Rolf-Dieter Klooß
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36

Für namentlich gekennzeichnete Artikel übernehmen die AutorInnen die Verantwortung. Im übrigen handelt die Redaktion wie immer völlig unverantwortlich. Wir haften auch nicht für Manuskripte oder Fotos, die unverlangt eingereicht werden, nehmen aber nach Möglichkeit alles in die darauf folgende Ausgabe auf. MS-DOS und ATARI kompatible Disketten sowie LeserInnenbriefe oder Artikel, die schon einzeilig in 8 cm Spalte getippt sind (nur weißes Papier und tiefschwarzes Farbband verwenden), werden klar bevorzugt. Die zusammen mit einem frankierten Rückumschlag eingereichten Disketten schicken wir umgehend zurück, andere Beiträge nur auf ausdrücklichen Wunsch. Alle Beiträge können a) über die Postanschrift geschickt oder b) direkt in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, abgegeben oder c) demnächst in den Schanzenleben-Briefkasten im Flora-Cafe eingeworfen werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt uns der/die AutorIn ein dauerndes Nutzungsrecht, obwohl wir grundsätzlich kein Honorar zahlen können.

Schanzenleben erscheint überraschend unregelmäßig, aber möglichst vierteljährlich und immerhin seit 1980! im Selbstverlag und Eigendruck. Die Verwertung einzelner Artikel, insbesondere durch Vervielfältigung, Nachdruck oder die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen ist zulässig, soweit sie unter deutlicher Angabe der Quelle erfolgt.

Direktbezug über Postanschrift
Einzelexemplare: DM 2.50 zzgl. DM 1.50 Porto und Verpackung in Briefmarken, ab 8 Exemplaren: DM 1.75 (30% Rabatt) zzgl. Porto und Verpackung, bei Abnahme größerer Mengen sind Sonderrabatte möglich.

Eigentumsvorbehalt
Die Zeitschrift bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Schanzenviertel und nach der Wahl

Am 19.9.1993 durfte mensch in Hamburg wieder 'mal seine demokratische Aufgabe, die Kreuzchen malen, erfüllen. Fünf, sechs Wochen später sind Wahlsieger und -verlierer immer noch am verhandeln, 4. Elbröhre gegen Hafenerweiterung bzw. Nicht-Räumung der Hafenstraße usw. Sicherlich war es ein Wahlausgang mit Überraschungen:

- die riesigen Stimmenverluste der sog. etablierten Parteien
- das nahezu Verschwinden einer Partei, die sich liberal nennt
- die vielfach festgestellte "Politikverdrossenheit" ermöglichte es sogar auch einer "Protest"partei wie der STATT-Partei, an Koalitionsverhandlungen teilzunehmen
- keine Überraschung waren hingegen die Stimmenerfolge der Rechtsradikalen; diese Stiommen sind ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität in Deutschland und es wäre fatal, dies einfach mit dem Begriff "Protestwählerstimmen" abzutun

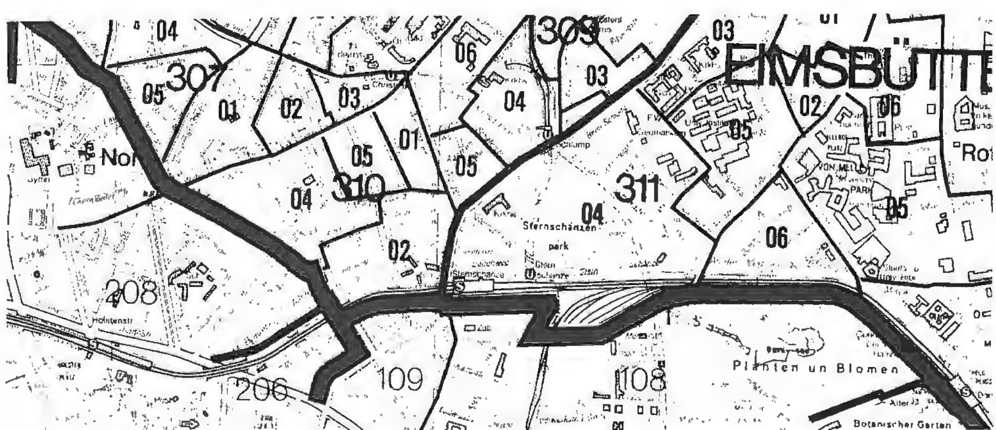
Ein Teil der Stimmengewinne bei Grüne/GAL läßt sich zudem sicherlich durch das Wahlverhalten fortschrittlicher Menschen erklären, die ihre Stimmen nicht "verschenken" wollten durch Nichtwahl, ungültig wählen oder Linke Alternative wählen (und damit indirekt den Rechtsradikalen zukommen lassen), sondern "mit Bauchschmerzen" eben doch Grüne/GAL wählten.

Doch genug der kurzen Wahlanalyse; im folgenden kann mensch sich genauer anschauen, wie im Schanzenviertel und Umgebung gewählt wurde. Es war nicht möglich, die Ergebnisse nach Wahllokalen aufzuschlüsseln, aber immerhin nach Wahlbezirken in den einzelnen Ortsteilen und dies ermöglicht doch auch schon den einen oder anderen Gedanken über die unmittelbare und mittelbare Nachbarschaft.

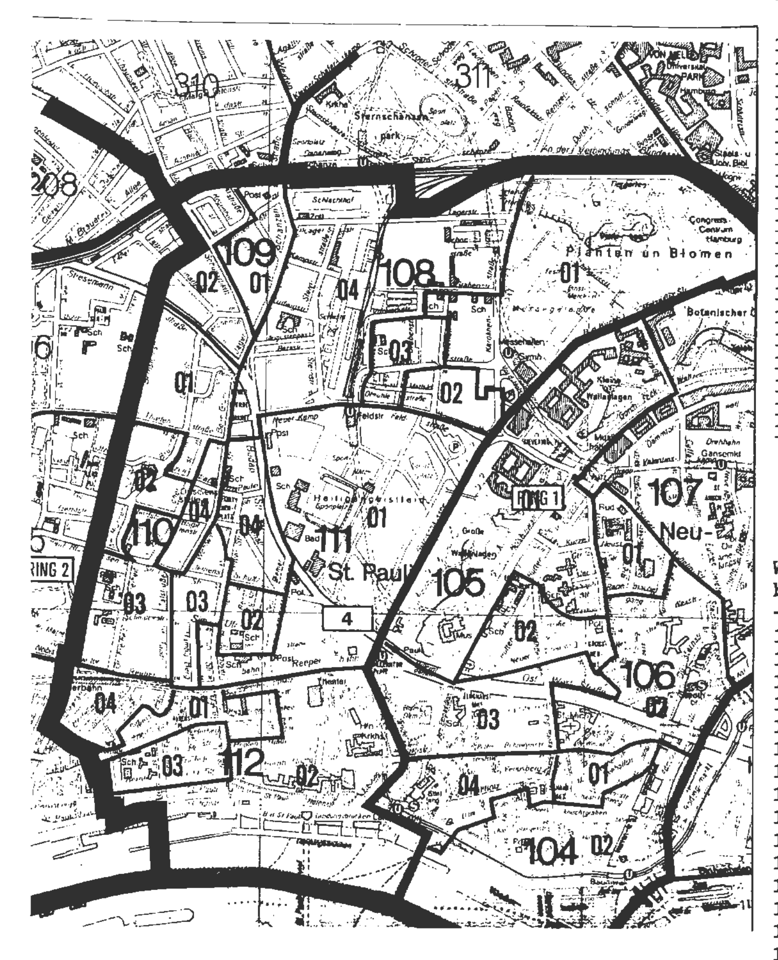
Bezirk Eimsbüttel

Wahlbezirk	Wahlbeteiligung	SPD	Grüne/GAL	Linke Alternative	CDU
30904	480/68,4%	181/38,0%	147/30,9%	8/1,7%	59/12,4%
30905	386/65,6%	119/31,4%	154/40,6%	21/5,5%	39/10,3%
31001	336/63,8%	131/39,3%	136/40,8%	11/3,3%	30/ 9,0%
31002	577/64,1%	230/41,2%	161/28,9%	10/1,8%	73/13,1%
31004	472/64,3%	148/32,9%	133/29,6%	8/1,8%	65/14,4%
31104	409/64,4%	133/34,9%	125/32,8%	12/3,1%	60/15,7%

Wahlbezirk	STATT Partei	REPs	DVU	NL	Ungültig
30904	22/4,6%	15/3,2%	7/1,5%	-	4/0,8%
30905	16/4,2%	7/1,8%	9/2,4%	-	7/1,8%
31001	4/1,2%	8/2,4%	4/1,2%	1/0,3%	3/0,9%
31002	18/3,2%	24/4,3%	17/3,0%	-	19/3,3%
31004	25/5,6%	24/5,3%	10/2,2%	-	22/4,7%
31104	17/4,5%	8/2,1%	8/2,1%	-	28/6,8%



Umgebung



Bezirk Mitte

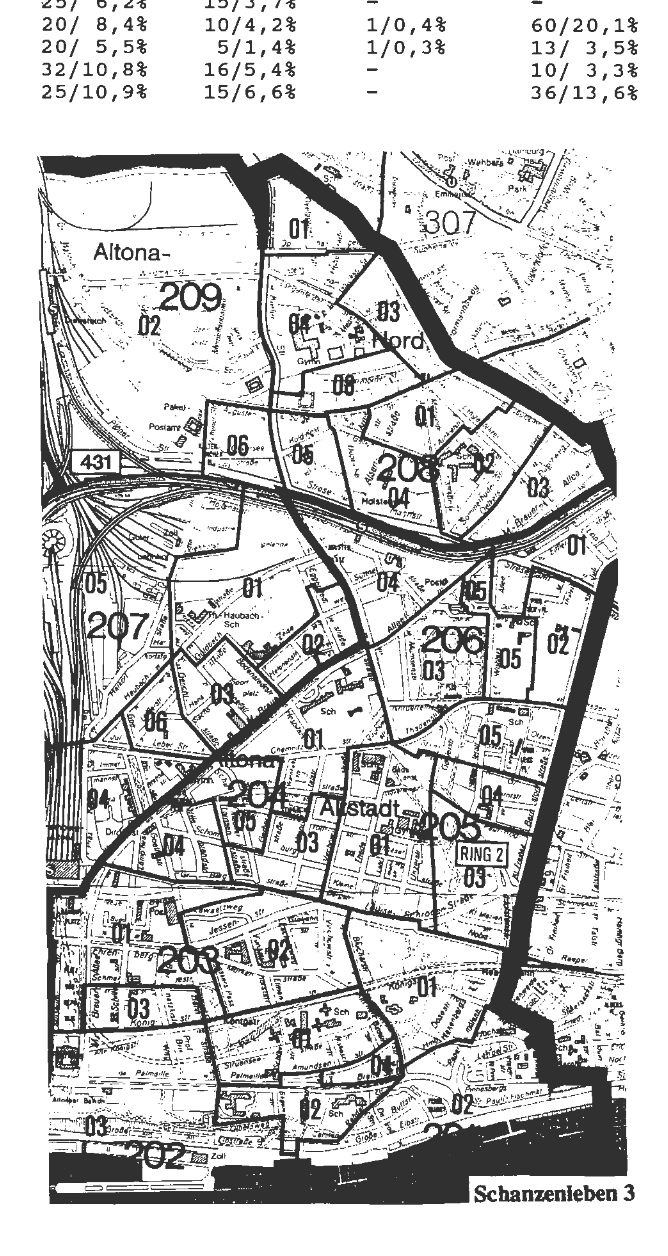
Wahl-bezirk	Wahlbetei-ligung	SPD	Grüne/GAL	Linke Al-ternative	CDU
10801	317/54,1%	107/35,3%	107/35,3%	20/6,6%	17/ 5,6%
10802	392/62,0%	120/31,5%	150/39,4%	24/6,3%	40/10,5%
10803	348/52,6%	105/31,0%	140/41,3%	18/5,3%	28/ 8,3%
10804	522/59,8%	166/32,0%	208/40,2%	35/6,8%	36/ 6,9%
10901	476/64,9%	122/26,4%	205/44,4%	33/7,1%	41/ 8,9%
10902	581/63,9%	195/34,1%	251/43,9%	34/5,9%	41/ 7,2%
11001	456/52,8%	161/36,2%	116/26,1%	17/3,8%	60/13,5%
11002	570/61,6%	230/40,9%	138/24,5%	23/4,1%	46/ 8,2%
11003	211/40,0%	51/24,4%	50/23,9%	20/9,6%	39/18,7%
11004	537/57,3%	162/31,3%	173/33,5%	32/6,2%	41/ 7,9%
11101	298/45,5%	93/33,8%	100/36,4%	6/2,2%	32/11,6%
11102	438/50,5%	126/30,0%	153/36,4%	22/5,2%	41/ 9,8%
11103	447/47,5%	156/35,3%	140/31,7%	18/4,1%	41/ 9,3%
11104	406/58,5%	120/29,6%	162/39,9%	15/3,7%	53/13,1%
11201	298/33,9%	97/40,8%	72/30,3%	5/2,1%	23/ 9,7%
11202	376/53,1%	139/38,3%	113/31,1%	11/3,0%	46/12,7%
11203	306/42,4%	117/39,5%	81/27,4%	8/2,7%	20/ 6,8%
11204	265/44,3%	95/41,5%	47/20,5%	5/2,2%	25/10,9%

Wahl-bezirk	STATT Partei	REPs	DVU	NL	Ungültig
10801	15/5,0%	9/ 3,0%	11/3,6%	-	14/ 4,4%
10802	6/1,6%	19/ 5,0%	8/2,1%	-	11/ 2,8%
10803	8/2,4%	20/ 5,9%	6/1,8%	-	9/ 2,6%
10804	9/1,7%	23/ 4,4%	12/2,3%	1/o,2%	4/ 0,8%
10901	17/3,7%	17/ 3,7%	10/2,2%	-	14/ 2,9%
10902	6/1,0%	12/ 2,1%	12/2,1%	-	9/ 1,5%
11001	15/3,4%	26/ 5,8%	18/4,0%	-	11/ 2,4%
11002	17/3,0%	40/ 7,1%	27/4,8%	1/0,2%	7/ 1,2%
11003	2/1,0%	23/11,0%	13/6,2%	-	2/ 0,9%
11004	20/3,9%	38/ 7,4%	26/5,0%	-	20/ 3,7%
11101	3/1,1%	19/ 6,9%	12/4,4%	-	23/ 7,7%
11102	9/2,1%	30/ 7,1%	19/4,5%	1/0,2%	18/ 4,1%
11103	6/1,4%	35/ 7,5%	29/6,6%	1/0,2%	5/ 1,1%
11104	10/2,5%	25/ 6,2%	15/3,7%	-	-
11201	4/1,7%	20/ 8,4%	10/4,2%	1/0,4%	60/20,1%
11202	14/3,9%	20/ 5,5%	5/1,4%	1/0,3%	13/ 3,5%
11203	9/3,0%	32/10,8%	16/5,4%	-	10/ 3,3%
11204	6/2,6%	25/10,9%	15/6,6%	-	36/13,6%

Bezirk Altona

Wahl-bezirk	Wahlbetei-ligung	SPD	Grüne/GAL	Linke Al-ternative	CDU
20101	564/63,5%	274/49,8%	55/10,0%	2/0,4%	85/15,5%
20102	627/59,3%	240/39,0%	138/22,4%	15/2,4%	75/12,2%
20501	586/61,8%	269/46,6%	99/17,2%	7/1,2%	90/15,6%
20503	358/60,6%	160/46,0%	32/ 9,2%	4/1,1%	53/15,2%
20504	289/59,0%	117/41,1%	27/ 9,5%	4/1,4%	37/13,0%
20505	407/65,2%	199/50,1%	78/19,6%	11/2,8%	43/10,8%
20601	469/65,7%	130/27,8%	213/45,6%	29/6,2%	29/ 6,2%
20602	348/62,6%	151/44,8%	86/25,5%	11/3,3%	47/13,9%
20603	346/70,7%	138/40,4%	51/14,9%	4/1,2%	65/19,0%
20605	286/65,6%	114/40,0%	81/28,4%	9/3,2%	39/13,7%
20801	541/68,7%	206/38,4%	140/26,1%	8/1,5%	82/15,3%
20802	399/65,4%	137/35,9%	143/37,4%	9/2,4%	32/ 8,4%
20803	372/62,2%	141/38,4%	108/29,4%	11/3,0%	46/12,5%

Wahl-bezirk	STATT Partei	REPs	DVU	NL	Ungültig
20101	21/3,8%	58/10,5%	24/4,4%	2/0,4%	14/2,5%
20102	22/3,6%	64/10,4%	26/4,2%	-	11/1,8%
20501	20/3,5%	49/ 8,5%	18/3,1%	1/0,2%	9/1,5%
20503	14/4,0%	39/11,2%	27/7,8%	-	10/2,8%
20504	20/7,0%	47/16,5%	9/3,2%	1/0,4%	4/1,4%
20505	8/2,0%	35/ 8,8%	4/1,0%	-	10/2,5%
20601	17/3,6%	19/ 4,1%	8/1,7%	1/0,2%	2/0,4%
20602	7/2,1%	11/ 3,3%	3/0,9%	-	11/3,2%
20603	13/3,8%	28/ 8,2%	15/4,4%	-	4/1,2%
20605	9/3,2%	11/ 3,9%	3/1,1%	1/0,4%	1/0,3%
20801	23/4,3%	39/ 7,3%	16/3,0%	-	4/0,7%
20802	22/5,8%	14/ 3,7%	4/1,0%	-	17/4,3%
20803	14/3,8%	21/ 5,7%	5/1,4%	-	5/1,3%



Das 25 Mrd-DM Projekt

Das Bonner Sparpaket

Angesichts der langanhaltenden und durch den Anschluß der DDR weiter forcierten Wirtschaftsrezession fürchtet die Bundesregierung um Deutschland: Es stelle sich die Frage, heißt es in einem grundlegenden Positions- und Propagandapapier der Bundesregierung vom September 1993, ob Deutschland Gefahr laufe, "seinen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft aufs Spiel zu setzen." "Was muß geschehen", wird gefragt, "um die Attraktivität des Standortes Deutschland auch für die Zukunft zu gewährleisten?"

Was geschehen soll, um die Attraktivität Deutschlands zu erhalten, zeigt das im Sommer diesen Jahres beschlossene Sparpaket von Finanzminister Theo Waigel. Es soll den Bundeshaushalt 1994 um rund 25 Milliarden Mark erleichtern. Gespart wird unter anderem bei den Ärmsten und Schwächsten, bei den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/innen. Sie gehören nach Meinung der Bunderegierung offenbar nicht zu jenen, die Deutschlands Position in der Weltwirtschaft sichern können - und müssen deshalb weitere Kürzungen hinnehmen. Obwohl doch Arbeitslosen- und Sozialhilfe bereits jetzt am staatlich festgelegten "Existenzminimum" liegen, welches eh zuwenig zum Leben und zuviel zum Sterben ist. Mit diesen Sparmaßnahmen, die im folgenden kurz aufgelistet werden, wird der seit der "Wende" 1982 kontinuierlich betriebene Sozialabbau drastisch verschärft:

Die wichtigsten Bonner Sparmaßnahmen sind:

-Kurzarbeiter- und Eingliederungsgeld, Eingliederungs- und Arbeitslosenhilfe werden um drei Prozent gekürzt.

-Das Arbeitslosengeld wird mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit reduziert.
Es beträgt demnach vom 1. Januar an wie bisher für Verheiratete mit einem Kind 68 Prozent und für Ledige 63 Prozent des letzten Nettolohns. Pro Vierteljahr sinkt es auf 67/62, 66/61 und 65/60 Prozent. Bei andauernder Arbeitslosigkeit erhalten Verheiratete mit einem Kind 64 Prozent und Ledige 59 Prozent des Nettolohns.

Obwohl finanzielle Probleme mit der Dauer der Arbeitslosigkeit sowieso zunehmen, wird das Arbeitslosengeld um so stärker gekürzt, je länger man/frau arbeitslos ist. Besonders betroffen sind die älteren Erwerbslosen, die nach vorheriger Erwerbstätigkeit länger als ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen können.
Im September 1993 waren 27.594 Menschen beim Hamburger Arbeitsamt als Arbeitslosengeldbezieher/Innen gemeldet.

-Das Unterhaltsgeld für "arbeitslose" Umschüler/innen wird auf die neuen Sätze des Arbeitslosengeldes verringert.

-Teilnehmer/Innen an Weiterbildungsmaßnahmen sollen während dieser Zeit nicht mehr Geld erhalten, als im Falle der Arbeitslosigkeit.
Sie werden damit praktisch dafür bestraft, daß sie sich für eine längere Bildungsmaßnahme entscheiden.

-Das Übergangsgeld für ältere Arbeitslose wird verringert:
Bei Verheirateten von 80 auf 75 Prozent und bei Ledigen von 70 auf 68 Prozent.

-Die Bezugsdauer für Arbeitslosenhilfe wird auf zwei Jahre begrenzt und auf diejenigen beschränkt, die vorher Arbeitslosengeld bekommen haben.
Danach werden die Empfänger/innen von Arbeitslosenhilfe automatisch zu Sozialhilfeempfänger/innen. Diejenigen, die bisher noch kein Arbeitslosengeld bekommen haben, also vor allem Jugendliche und Jobber/innen, bekommen sofort Sozialhilfe.
Im September 1993 waren dem Hamburger Arbeitsamt 19.999 Arbeitslosenhilfeempfänger/Innen gemeldet.

-Die Aufwendungen für die Sozialhilfe werden gesenkt.
Dies wird damit begründet, einen angemessenden Abstand zu den Lohneinkommen und zu den Lohnersatzleistungen schaffen zu wollen.

Ab 1. Juli 93 wurden die Leistungen der Sozialhilfe bereits in einschneidender Weise gekürzt, was mit realen Einkommenseinbußen einhergeht.

-Beim Kindergeld werden die Einkünfte des Kindes -insbesondere die Ausbildungsvergütungen- verstärkt berücksichtigt.
Das Kindergeld für Ausländer/innen, die über eine Aufenthaltsbefugnis, nicht aber über eine Aufenthaltsberechtigung verfügen, soll gestrichen werden.

-Das Erziehungsgeld wird künftig bereits ab dem ersten Monat einkommensabhängig gewährt: für diesen Zeitraum gilt die Einkommensgrenze von 150.000/120.000 Mark. (Verheiratete/Ledige)

-Die Beamten sollen 1994 keine Einkommensverbesserungen erhalten. Ein Ausgleich für die unteren Besoldungsgruppen wird geprüft.

-Für die Inanspruchnahme von Zivildienstleistenden werden künftig Gebühren erhoben: 1994 zehn Prozent, 1995 20 Prozent der Kosten.

-Die Eintreibung von Steuern und die Bekämpfung von Steuermißbrauch werden verschärft: Dadurch erwartet der Bund 1.4 Milliarden Mark Steuermehreinnahmen.

An einzelnen Bestimmungen des Spargesetzes wird im Moment noch herumgefeilt, so daß die endgültige Version erst innerhalb der nächsten Wochen auf dem Tisch liegen wird. Doch mit einer grundlegenden Änderung der Stoßrichtung des Sparpakets ist nicht mehr zu rechnen. Die Sparmaßnahmen richten sich vor allem gegen bestimmte Gruppen innerhalb der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger/innen: Gegen die Jobber und Jobberinnen und gegen die Langzeitarbeitslosen. Das Sparpaket führt so nicht nur zu massiven Einkommenseinbußen, sondern auch zu einer Spaltung der davon besonders betroffenen Gruppen.

Wer sich dagegen wehren möchte und Interesse an weitergehenden Diskussion und Informationen zu den Sparmaßnahmen hat, kann sich an folgende Infogruppe wenden:

HDW und Metaller Arbeitslosenzentrum e.V.
Thedestr. 99, 22767 Hamburg, Tel.: 3895512
Offene Infogruppe: jeden Do. ab 18.00 Uhr

Einen ausführlichen Reader zum Sozialabbau seit der Wende hat außerdem der "Verein zur Betreuung von Arbeitslosen und Arbeitslosenselbsthilfegruppen in Hamburg" (Tel.: 2858-660) zusammengestellt.

Existenzgeld und radikale Arbeitszeitverkürzung

-Eingliederungshilfen für Aussiedler werden nur noch sechs Monate lang gezahlt (bisher wurden sie bis zu 15 Monate lang unterstützt).

-Die Arbeitnehmer-Sparzulage nach dem 936-Mark-Gesetz wird gestrichen.

-Auf die 1994/95 geplante BAföG-Anpassung an die Preissteigerungsrate wird verzichtet.

-Wegfall der Erstattung der Mutterschaftspauschale an die gesetzliche Krankenversicherung.

-Die Beamten sollen 1994 keine Einkommensverbesserungen erhalten. Ein Ausgleich für die unteren Besoldungsgruppen wird geprüft.



Sie läuft und läuft und läuft ....
..... aber wohin ?

Rote Flora - wie geht's weiter ?

Wie erinnern uns: Im August 1992 bekam die Flora Post von der (damaligen) Stadtentwicklungssenatorin Traute Müller. Nach über drei Jahren Funkstille von Seiten der politisch Verantwortlichen wollten sie es mal auf die dreiste Art probieren: Man wolle die derzeitigen NutzerInnen in ein Konzept für ein Stadtteilzentrum einbeziehen, der erste Stock werde Kindertagesstätte und wenn man sich nicht binnen einer Frist von sechs Wochen einige, werde man geräumt. So texteten sie in ihren Verlautbarungen noch vor Beginn der "Verhandlungen", und nachdem die FloristInnen trotzdem auf das "Angebot" eingegangen waren, wäre noch vor dem ersten Termin fast schon wieder alles vorbei gewesen: der Brief mit dem ersten Termin dauerte von der Steb bis zur Flora neun Tage und kam genau einen Tag zu spät an.
Die nun folgenden "Verhandlungen" dauerten natürlich länger als sechs Wochen, zumal die SenatsvertreterInnen sehr schnell einsehen mußten, daß auf der fachlichen Ebene die Flora nicht zu kippen war (Kultur-, Jugend-, und Baubehörde hatten an den Vorstellungen der FloristInnen wenig auszusetzen), und in den Gesprächen immer deutlicher durchschien, daß die Flora aus politischen Gründen in ihrer bisherigen Form nicht weiterbestehen sollte. Im Dezember '92 brach schließlich Traute Müller die Gespräche ab. Im Raum stehen seitdem drei "Senatsmodelle", die die Kombination zwischen einem SPD-verträglichen Stadtteilzentrum und einer 'integrierten Kindertagesstätte mit unterschiedlicher Penetranz vorsehen, sowie das Angebot der Flora, ein autonom (so und so) arbeitendes Stadtteilzentrum mit einer baulich und organisatorisch getrennten Kita zu verwirklichen. Vorläufig letzter Akt war die Erstellung eines Baugutachtens durch einen vom Senat beauftragten Architekten im Frühjahr diesen Jahres: die darauf basierende Kostenschätzung soll mit den insgesamt vier Modellen dann irgendwann dem Senat bzw. der Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt werden. Treppenwitz dabei: nach Informationen gewöhnlich gutunterrichteter Kreise ist der Vorschlag der FloristInnen mit Abstand der günstigste; sollte das stimmen, wäre der räumungswillige Senat in einer Argumentationsnot, denn ein Räumungsszenario mag ja vielleicht mit dem dann folgenden Abriß billig, billig sein, der langfristige politische Schaden könnte aber teuer kommen.

Die Flora wurschtelt dessen ungeachtet erstmal weiter. Das aktuelle Projekt der Vokürenovierung ist ein wochenfüllendes Programm und aller Voraussicht nach Anfang November beendet. Inhaltlich hat das Mittwochsplenum in den vergangenen Wochen eine Einschätzung der Verhandlungen und der Ausgangspositionen nach Beendigung der Koalitionsverhandlungen und dem daraus entstehenden rot-grünen oder rot-grauen oder wie auch immer Senat versucht. Deutlich ist dabei geworden, daß sich niemand mehr auf einen Verhandlungsmarathon einlassen wird, der die gesamte andere politische Arbeit lahmlegen wird. Klar ist aber auch, daß der politische Spielraum sehr stark eingeschränkt ist.

- Derzeit ist keine starke linke Bewegung erkennbar, die die Durchsetzung des Projekts Rote Flora zum Selbstgänger macht.
- Sollte eine Räumung des Hafens verhindert werden, kann die Flora schnell zum "Bauernopfer" werden, damit die Law-and-Order- Fraktion für die Kröte, die sie mit dem Erhalt des Hafens zu schlucken hätte, entschädigt würde.
- Voscherau und Hackmann haben schon während der Verhandlungen im letzten Jahr massiven Druck auf Müller ausgeübt, damit sie einen Hardlinerkurs fährt; Hackmann hält die Flora für den Ort allen staatsgefährdenden Widerstands in Hamburg und predigt hinter verschlossenen Senatstüren mit den Lageberichten des LKA und der 16E-Schicht in der Hand die Räumung des Projekts.
- Selbst eine rot grüner Senat bedeutet keine Verringerung der Bedrohung, denn eine in den Koalitionsverhandlungen weichgespülte GAL könnte sich durchaus zusammen mit der SPD auf den sogenannten "Strenge"- Vorschlag einigen (2/3 des Obergeschoßes und ein Anbau an der Flora für eine Kita, der Rest für die derzeitigen NutzerInnen), den das Floraplenum ablehnt.

Mit dem Fortgang der Ereignisse ist wohl im Januar 1994 zu rechnen. Nur leider kann es bis dahin passieren, daß sich die NutzerInnen der Flora im kommenden Winter den Hintern abgefroren haben und daß die Bausubstanz, wenn das Gebäude nächstes Frühjahr wieder aufgetaut ist, noch mehr gelitten hat und hinüber wär - scheißtraurig wär' das...!

Hafenstr.-/Genossenschaft - was gibt's Neues ?

Die große Bewegung ist noch nicht in das Projekt zur Neubebauung des ehemaligen Bauwagengeländes und zur Übernahme der Hafenstr.-Häuser durch die Genossenschaft "St. Pauli Hafenstr." gekommen. Letztendlich hängt das Projekt trotz aller vorbereitenden und planerischen Initiativen solange in der Luft bis die politischen Entscheidungen über die Zukunft der Häuser bzw. des Viertels St. Pauli-Süd gefallen sind. Darauf werden wir voraussichtlich noch einige Zeit warten dürfen und wir sind gespannt, falls es doch zu ***der*** Koalition kommt, wie uns die GAL die Entscheidung verkaufen wird - wenn sie sich dazu überhaupt genötigt fühlt. Die bestimmenden Teile der SPD - mit Voscherau an der Spitze - hält jedenfalls bis heute (dem Tag, an dem der Artikel geschrieben wurde) an der sog. "rechtsstaatlichen Lösung" fest. Es widerstrebt uns, zur Kenntnis zu nehmen, daß politische Entscheidungen, die die Zukunft so vieler Menschen betreffen, hinter den verschlossenen Türen der "Patriotischen Gesellschaft" bzw. des Rathauses abgedealt werden und hier relativ wenig Initiative zur Intervention vorhanden ist.
Aber, wir werden sehen - Bürgermeister kommen und gehen.

Was hat sich getan ?

Das Bau- und Genossenschaftsbüro in "Schmaals Hotel" in der Bernard-Nocht-Str. ist inzwischen schon lange fertig. Hier ist in der Woche zwischen 17h und 19h Anlaufstelle, um Informationen zu erhalten, um Ideen, Anregungen und Spenden abzugeben. Regelmäßige Spenden sind für die jetzt schon recht umfangreich anfallenden Arbeiten des Büros, Infos verschicken, Telefonrundrufe an die GenossInnen (und andere), Faltblatt erstellen u.v.m, notwendig. Zur Zeit gibt es ca. 500 GenossInnen, die bis jetzt rund 100.000 DM aufgebracht haben.
Jeden Montag um 19Uhr treffen sich die interessierten GenossInnen im Baubüro, um anfallende praktische Probleme und politische Entwicklungen zu diskutieren, Ideen zu entwickeln, wie das Projekt voran gebracht werden kann. Dieser wöchentliche Termin soll dem Projekt mehr Kontinuität verleihen. Jeden ersten Montag im Monat ist im Baubüro "jour fix". Dazu sind alle GenossInnen und Interessierte eingeladen. Hier werden die Ideen und Entwicklungen der letzten Wochen vorgestellt, um anschließend in großer Runde diskutiert zu werden. Hier können auch neue Vorstellungen eingebracht werden.
Es hat sich ein Beirat gebildet, an dem VertreterInnen von Stattbau, Patriotische Gesellschaft, ArchitektInnen und andere teilnehmen. Der Beirat hat die Aufgabe, die Genossenschaft fachlich zu beraten (z.B. Finanzierungsmöglichkeiten, welchen Töpfe können wie angezapft werden, ist dies sinnvoll, juristische Fragen, bautechnische und architektonische Sachfragen), Möglichkeiten der Durchsetzung des Projekts zu erörtern und wie die entwickelten Ideen in breitere Kreise hineingetragen werden können.
Hier setzt auch die Idee einer Wanderausstellung an, auf der die Pläne der Genossenschaft vorgestellt werden sollen. Sie wird Anfang/Mitte November fertig sein. Wo sie das erste Mal zu sehen sein wird, steht bis jetzt noch nicht fest.
Weiterhin gibt es einen Ideenwettbewerb "Schöner Schein". Es werden Ideen für das Layout des Anteilscheins der Genossenschaft gesucht.

Freies Radio FSK

Das Freie Sender Kombinat FSK 104, das seit April diesen Jahres mit festen Sendezeiten Montag-, Mittwoch- und Samstagabend über den Offenen Kanal auf 96,0 MHz sendet, eröffnete zum 1.11.1993 ein eigenes Studio am Schulterblatt 23c.
FSK 104, hervorgegangen aus neun Radio-Initiativen, die sich in der Arbeitsgemeinschaft Radio zusammengeschlossen haben, hat damit endlich die Möglichkeit, unabhängig von den begrenzten Möglichkeiten im Offenen Kanal, eigene Sendungen zu produzieren, denn Produktions- und Schneidetermine im Offenen Kanal sind ebenso knapp wie die festen Sendezeiten von derzeit sieben Stunden pro Woche, die dem FSK 104 zur Verfügung gestellt wurden. So ist das FSK 104 nun etwas unabhängiger vom Offenen Kanal, was die gemeinsamen Möglichkeiten betrifft, Sendungen zu produzieren.
Dennoch ist das erklärte Ziel der Radiogruppen, durch den Zusammenschluß im Furchtbar Schwierigen Konsens 104 und den Aufbau eigener Produktiosstrukturen die Voraussetzungen zu schaffen, um von der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) eine eigene Frequenz zugewiesen zu bekommen.
Die anvisierte Frequenz 104 MHz rückt jedoch mehr und mehr in unerreichbare Ferne, denn um diese Frequenz mit großer Reichweite ausschreiben zu können, sei der Bau eines zweiten Sendemastes, neben dem Fernsehturm, im Osten Hamburgs Voraussetzung. Wann dies realisiert wird, weiß allerdings niemand. Und der Fernsehturm ist nicht zuletzt wegen der mobilen Funkdienste überfüllt und bietet angeblich gerade noch Platz für eine Low-Power-Frequenz auf 89,1 MHz, die die HAM demnächst für ein nicht-kommerzielles Radio ausschreiben wird.
Da diese Frequenz auf dem UKW-Band zwischen dem Deutschlandfunk auf 88,7 MHz und der Welle Nord des NDR 1 auf 89,5 MHz auf dem Fernsehturm eingeklemmt werden müßte, darf sie nur mit maximal 100 Watt Leistung betrieben werden. Ausgeschrieben wird sie sogar nur mit 50 Watt, was einer Reichweite von ca. 12 km entspricht. Aber selbst bei einer Aufstockung auf 70 Watt lägen zwar so bevölkerte Gegenden wie die Außenalster, die Innenstadt und der Freihafen im Empfangsgebiet, spätestens in Moorfleet wäre der Spaß allerdings zu Ende. Radio Bergedorf, eines der im FSK 104 zusammengeschlossenen Stadtteilradios, wäre im eigenen Stadtteil gar nicht oder nur über eine zweite Stützfrequenz zu empfangen, die wiederum vom good will der HAM abhängt.
Die Reichweitenbegrenzung eines werbungsfreien Stadtteilradios ist aber ohnehin politisch gewollt und eigens in der Neufassung des Hamburgischen Mediengesetzes festgeschrieben, das sich z.Zt. im Rechtsausschuß der Bürgerschaft befindet. Denn auf die besonderen Befindlichkeiten des privaten Kommerzfunks, speziell OK-Radio, soll unbedingt Rücksicht genommen werden. Dies ist umso widersprüchlicher, als FSK 104 mit so unsäglichen Sendeformen wie der von OK-Radio wirklich nichts gemein hat und insofern keine Konkurrenz darstellt, ganz im Gegensatz zum NDR-Jugendradio N'Joy, das just auf den Weg gebracht wurde. Allerdings zeigen neuere Untersuchungen in der Tat auch, daß die Hörerinnen und Hörer von der Werung extrem genervt sind, so daß also auch (und gerade) ein werbungsfreies Radio "Markt"chan- cen hat.
Letztendlich ist das OK-Radio-Teenieprogramm jedoch ein Tralala-Begleitmedium, während FSK 104 ein reines Einschaltmedium ist. Die Frequenz 89,1 MHz ist also sozusagen ein Abfallprodukt und aufgrund der geringen Reichweite für Werbungsfunk und sowieso uninteressant, zumal der Werbekuchen längst verteilt ist. Dies war schon so, als für den Pleitesender Korah statt des fantastischen Radio St. Pauli die Jazz Welle Plus bei der HAM seinerzeit das Rennen machte und nun schmerzhaft lernen muß, wie mensch Konkursanträge ausfüllen muß.
FSK 104 dagegen will sich durch Mitgliedsbeiträge finanzieren, die allerdings z.Zt. erst spärlich fließen. Immerhin konnte aufgrund einer Zuwendung der Medienstiftung Hamburg technische Ausstattung im Wert von mehr als DM 80.000 in das neue Studio eingebaut werden. Dennoch bleiben laufende Kosten von monatlich knapp DM 4.000, die die einzelnen Gruppen z.Zt. allein aufbringen müssen. Da FSK 104 kein Pay-Radio veranstalten will, ist es auf die Bereitschaft vieler Menschen angewiesen, die dieses Projekt unterstützen. Für DM 10,- im Monat kann jede/r Mitglied werden und bei Interesse natürlich auch Radio selbst machen. FSK 104 ist bemüht, freie Studiozeiten interessierten Menschen zur Verfügung zu stellen.
Es bleibt abzuwarten, ob FSK 104 aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen gezwungen sein wird, sich in FSK 89,1 umzubenennen oder ob eine bessere Lösung gefunden werden kann. Denn da ein Vollzeitprogramm von 24 Stunden in absehbarer Zeit mit ehrenamtlichen Mitgliedern allein nicht zu verwirklichen sein wird, wäre eine schrittweise Erhöhung der Sendezeiten eher geeignet, die Mitgliederstrukturen der Radiogruppen kontinuierlich wachsen zu lassen. Dazu wäre als erster Schritt eine Ausweitung der Sendezeiten auf die nicht genutzten Zeiten des Offenen Kanals nötig.
Die beantragte schrittweise Ausweitung der Sendezeit lehnte die HAM jedoch vor kurzem ab, weil u.a. nicht genügend Medienassistenten zur Verfügung stünden. Teure Studios und Postleitungsgebühren erfordern jedoch die volle Ausnutzung der Möglichkeiten, zumal FSK 104 auf Medienassistenz wohl kaum angewiesen ist. Sollte also die Jazz Welle Plus nicht doch noch unfreiwillig ihre Frequenz räumen, gibt es über den Offenen Kanal die einzige Möglichkeit, hamburgweit auf Sendung zu gehen.
Eine Low-Power-Befriedungsfrequenz auf 89,1 MHz ist jedenfalls nicht das Ziel von FSK 104. Damit potentielle Fördermitglieder wie Stecknadeln im Heuhaufen gesucht und gefunden werden können, muß der Heuhaufen eben so groß wie möglich sein.



Hört, macht, unterstützt Freies Radio !

Adresse: AG Radio
Schulterblatt 23c
20357 Hamburg
Tel.: 43 43 24
Fax: 430 33 83
Bürozeiten: Mo - Fr 19-22.00 h
Di + Do 11-14.00 h
Mo nur für Frauen

Konto: Hamb. Sparkasse
BLZ 200 505 50
Kto. 1226/124848

Low ? No -mo' power for FSK

Die Dächer spatzen es von den Pfeifen, daß die in den AG Radio zu dem Projekt FSK 104 zusammengeschlossenen Stadtteil- und Forumradios von der Medienanstalt HAM als denkbare AnbieterInnen für die UKW-Frequenz 89,1 angesehen werden.
Ebenfalls allgemein bekannt ist die Position des FSK hierzu: Sehr schön, wird ja wohl auch Zeit, nur: Die Begrenzung der Reichweite des Senders muß noch wegverhandelt werden.
Zur Erinnerung: In Übereinstimmung mit dem Senatsentwurf für ein neues Mediengesetz möchten HAM und Post die Leistung des Senders so begrenzen, daß er ein Drittel, unter bestimmten Umständen bis zur Hälfte der Hamburgischen Bevölkerung erreicht.
Für das Freie Radio käme diese Reichweitenbegrenzung einem eisernen Korsett mit eingebautem Strangulator gleich. Denn so nichtkommerziell und gemeinnützig das Projekt auch sein mag - ganz ohne Einnahmen kommt es auch nicht aus. Ein FSK-Vollprogramm setzt 3-5.000 regelmäßig zahlende Fördermitglieder voraus, wobei ein monatlicher Beitrag von fünf bis zehn Mark und lediglich die nötigsten Ausgaben ohne nennenswerte Lohnkosten zugrundegelegt sind. Fallen die vom Himmel? Sollen die alle aus St. Pauli kommen, was bekanntermaßen der ärmste Stadtteil Hamburgs ist? Wenn das Freie Radio nur die Hälfte der Bevölkerung erreicht, ist die andere Hälfte für die Mitgliederwerbung verloren.
Außerdem führt die Reichweitenbegrenzung auch die Idee des Stadt**teil**radios ad absurdum: Stadtteilbezogenheit heißt ja nicht, jeder Kiez sendet für sich selbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern der Witz an der Sache ist ja gerade, daß die verschiedenen Stadtteilöffentlichkeiten - die es ja als klassische Teilöffentlichkeiten schon lange gibt - durch den gemeinsamen und überall empfangbaren Sender konferenzgeschaltet werden. Schließlich und endlich ist auch nicht zu vergessen, daß für einen wesentlichen Teil des FSK-Programms die Zielgruppen nicht örtlich festzumachen sind - etwa die Sendungen für Schwule, Frauenbewegte Frauen, Studierende oder Fans seltener und unerhörter Musik.
Was könnte nun für die offizielle Seite der Grund für dieses abwegige Ansinnen sein? Die Senatskanzlei sowie die ihr unterstellte Medienanstalt müßten eigentlich das Interesse haben, daß das Projekt, einmal lizensiert, auch nicht sofort wieder pleite geht. Wenn es um das Abwenden weiterer Senderpleiten geht, entwickeln die Genossen ja bekanntlich, law and order hinter sich lassend, ungeahnte Phantasien.
Öffentlich gab es bisher nur eine einzige Andeutung, woher das Begrenzungsbegehren wohl kommt. Senator Mirow ließ im Frühsommer dieses Jahres am Rande einer Anhörung einmal durchblicken, daß die kommerziellen Sender schon schlaflose Nächte erduldeten angesichts der enormen Bedrohung, die von dem sich am Horizont abzeichnenden Freien Radio ausgehe. Und auf solche Existenzängste nimmt die Anstalt natürlich Rücksicht.
Und in der Tat: Wenn Lorettas Free-Jazz-Stunde erst richtig abgeht, ist Radio Hamburg stehend k.o. Wenn das FunkSpielKombinat seine kreischigen Klangcollagen sendet, werden die Teenies in Scharen von OK-Radio zu FSK überlaufen. Ganz Hamburg wird nur noch Schwulen- und Lesbensendungen hören, in den Büros und Geschäften laufen ganz nebenbei die beliebten 60-Minuten-Wortbeiträge der Philosophenturmfraktion, in allen Autoradios plärrt dioe FSK-Radfahrsendung. Und wenn dann erstmal John Cage und Edgar Varese die Quotenreißer des Jahres sind, kann die Unterhaltungsindustrie natürlich endgültig einpacken.
Aber mal ganz im ernst. Wenn irgendein kommerzieller Anbieter in FSK eine Konkurrenz sieht - selbst wenn das Sendegebiet größer als das des NDR wäre - soll er sich doch bitte mal deren Sendungen anhören. Ein Radio, das sich zum Prinzip der Nicht-Durchhörbarkeit bekennt, kann keinem kommerziellen Radio an die Einschaltquoten gehen. Damit ist eigentlich das einzige - aus Sicht der Medienanstalt sinnvolle - Argument für die Reichweitenbegrenzung hinfällig. Das einzige Medienereignis, das den Hamburger Privatfunk aufmischen könnte - speziell OK-Radio - ist das geplante fünfte NDR-Programm.
Die uninformierte Beobachterin könnte höchstens auf die Idee kommen, FSK träte in Konkurrenz mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, indem es diesem Teile des hehren Programmauftrags ideell stibitzt. Nicht aber das ist aber der Fall: Speziell Radio Loretta ist mit letzterem on the best terms, wie zum Beispiel die durch RockCity vermittelte Zusammenarbeit der beiden ungleichen Partner bei der Präsentation gewisser abgefahrener Konzerteereignisse belegt.

Marcel Stötzler (Vorstandsmitglied des Fördervereins Radio Loretta e.V.)



Rabels raus

Anfang Juli '93 wurde bekannt, daß der Spekulant N. Rabels (Lama-Häuser im Karoviertel) das Haus Schulterblatt 10 kaufen will. Entgegen anderslautenden Berichten (Schanzenleben Juli '93, MoPo 19.7.93) ist der Kauf noch nicht unter Dach und Fach. Das Haus liegt im Sanierungsgebiet, d.h. das der Verkauf genehmigungspflichtig ist. Der Sanierungsträger (hier: STEG) hat bereits eine negative Stellungnahme zu dem geplanten Verkauf abgegeben. Der Bezirk Mitte soll angeblich ebenfalls an einer negativen Stellungnahme arbeiten; doch braucht er in diesem Fall wohl doch noch ein wenig "Ermunterung" von außen. Der Sanierungsbeirat Schulterblatt hat in seiner Sitzung am 18.10.93 einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den Verkauf an Rabels nicht zu genehmigen und das Vorkaufsrecht seitens der Stadt Hamburg wahrzunehmen. Da die Stadt Hamburg in Sachen Vorkaufsrecht eher "zurückhaltend" ist (s. z.B. Laue-Häuser), muß insgesamt der politische Druck erhöht werden. Es muß klar gemacht werden, daß die MieterInnen des Hauses, aber auch NachbarInnen und andere Menschen aus dem Stadtteil keinen Bock darauf haben, daß Rabels sich hier wieder ein neues Spekulationsobjekt an Land zieht!

Worte spalten - Taten einigen

Die MLN-Tupamaros in Uruguay

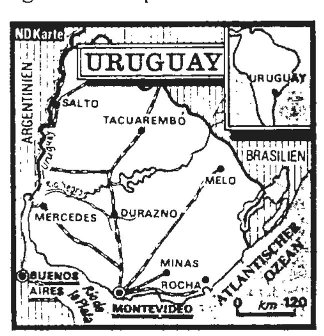


In den letzten Jahren erfreut sich Uruguay, das kleine Land am Rio de la Plata, zwischen den lateinamerikanischen Riesen Argentinien und Brasilien gelegen, immer größerer Beliebtheit. Vor allem in der linksradikalen Szene der BRD werden die Geschehnisse in dem Land mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Sicherlich ist es der bis heute wirkende Mythos der sich um die Tupamaros, der uruguayischen Stadtguerilla, rankt. Durch ihre spektakulären Aktionen wurden die Tupamaros in den Sechzigern und Anfang der siebziger Jahre weltweit bekannt. Ihr Stadtguerillakonzept wurde Grundlage auch für die RAF hier.
Die Tupamaros, heute legale politische Kraft im Lande, haben nur wenig von ihrer Ausstrahlungskraft verloren. Sie sind eine linke, revolutionäre Kraft geblieben, die weiterhin als Ziel die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft hat. Wer traut sich das heute noch zu sagen. Ihre heutigen Vorstellungen, ihre Praxis, ihre Kontinuität revolutionärer Politik, üben daher auf die hiesige Linke eine starke Faszination aus.

Für die MLN-Tupamaros ist die politische Diskussion mit der Linken in Europa von großer Bedeutung.
"Wir sind ein kleines Land, unsere Organisationen haben wenig Mittel, um aus eigener Kraft genügend Informationen nach Europa zu bringen."
Neben den materiellen Beweggründen ist es aber vor allem der politische Austausch mit GenossInnen in Europa. Denn eine revolutionäre Bewegung, die nicht über den Tellerrand der nationalen Grenzen hinausschaut, hat schon verloren.
Über Texte in der einschlägigen Presse, eine beträchtliche Anzahl an Buchpublikationen und diverse Besuche von AktivistInnen der Tupamaros hier in der BRD, konnte das Projekt der MLN-Tupamaros (Movimiento Liberacion Nacional) bekannter gemacht werden. Der Besuch von Yessie Macchi (Radio Panamericana) im Juli und von Eleuterio Fernandez Huidobro, Mitglied des Zentralkomitees der MLN-Tupamaros im Oktober haben auch hier in Hamburg gezeigt wie wichtig die Solidarität mit der Arbeit der Tupamaros ist. Für alle die wenig oder gar nichts über die Geschichte und aktuelle Situation des Landes wissen werden wir in dieser und der nächsten Ausgabe über das Land und vor allem über die Tupamaros informieren.

Land und Leute

Mit 3 Millionen EinwohnerInnen und einer Fläche von 176.000Km² ist Uruguay eines der kleinsten Länder Südamerikas. Die Hälfte aller UruguayerInnen lebt in Montevideo, der Hauptstadt des Landes. Etwa 90% der BewohnerInnen Uruguays sind Nachfahren südeuropäischer EinwanderInnen, vor allem spanischer uns italienischer Herkunft. 10% der EinwohnerInnen sind Schwarze oder Mulatten. Die indianische Urbevölkerung wurde gänzlich vernichtet.
Rund 85% aller UruguayerInnen leben in Städten das Land (Interior) ist fast menschenleer. Im Interior wird vor allem Viehwirtschaft betrieben. Das Land, das von wenigen Familien beherrscht wird, ist voll von Rindern und Schafen (10 Millionen bzw. 24 Millionen). Desweiteren gibt es einen bescheidenen Anbau von Getreide und Zuckerrohr. Es verwundert nicht, daß vor allem der Export von Gefrierfleisch, Leder und Textilien die wichtigste Devisenquelle darstellt.



Geschichte

Über die Geschichte der Bevölkerung Uruguays vor der sogenannten Entdeckung 1516 ist wenig bekannt. Während der jahrhundertelangen Unterdrückung, Folter und Mord durch verschiedene Kolonialmächte wurden die Indigenas vollständig vernichtet. *"Bis 1828 dehnen die europäischen Großmächte (vor allem Spanien, Portugal, England und Frankreich) die Kriege, die sie in Europa führen, auf die Gebiete des Rio de la Plata aus. Dadurch wuchs die Rivalität zwischen Buenos Aires und Montevideo, die abwechselnd als Ausgangsbasen für die Wiedereroberung dienen (...) als Echo der napoleonischen Eroberung wird am 22.Mai 1810 eine autonomistische Junta in Buenos Aires ausgerufen. Daraufhin versuchen die Spanier von Montevideo aus die Wiedereroberung. Das mißglückt ihnen, denn ein Hauptmann namens José Artigas desertiert und stellt sich den Machthabern in Buenos Aires zur Verfügung, die ihm den Befehl über Milizen, Waffen und Geld anvertrauen (...)."*
Der Unabhängigkeitskampf, bei dem Artigas an der Spitze seiner "Tupamaros-Milizen" eine führende Rolle spielt, vollzieht sich in Form einer ländlichen, von einigen Schlachten unterbrochenen Guerilla.
"Sie erscheinen wie Dämonen, greifen wie eine heulende Horde den überrumpelten Gegner an, schwingen Lanze, Säbel, Schleuder und sogar das Lasso. Sie verschwinden so plötzlich, wie sie gekommen sind in Wald oder Fluß (...). Sie können nicht nur hervorragend reiten, sondern verstehen es auch, mit Flinte, Büchse, Stutzen vortrefflich umzugehen. Das sind die Tupamaros, jene ungehobelten Gauchos der uruguayischen Erde, die 1811 auf General Artigas Aufruf hin rebellierten, um das Land vom spanischen Joch zu befreien."
Den Namen Tupamaros verdanken sie dem Indianer José Gabriel Condorcanki Noguera alias Tupac Amaru, dem Häuptling von Pampamarca in Peru. Tupac Amaru war es 1780/81 gelungen, einen der größten Aufstände gegen die spanischen Invasoren zu organisieren. Seine Bewegung ging über einen einfachen Aufruhr weit hinaus, dank der Ausarbeitung eines echten politischen Programms, in dem Gerechtigkeit, Freiheit und die Koexistenz der Rassen gefordert wurden, wurde die Bewegung von Indianern, Mestizen, Schwarzen und liberalen Spaniern unterstützt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurde es unter den Spaniern üblich, den Rebellen den Namen Tupamaros zu geben.
Von 1811 bis 1828 entsteht soetwas wie ein uruguayisches Nationalbewußtsein. 1828 wird die erste Unabhängigkeit von den Großmächten garantiert. In den folgenden Jahrzehnten bestimmten Auseinandersetzungen zwischen den Großgrundbesitzern (Blanco-Partei) und dem städtischen Großbürgertum (Colorado-Partei) das politische Geschehen. Gleichzeitig nahm der Export von Pökelfleisch, Konserven, Leder und Wolle einen bemerkenswerten Aufschwung und sicherte einer zahlenmäßig kleinen Bevölkerung einen höheren Lebensstandard als ihn die anderen lateinamerikanischen Länder kannten.

Die Schweiz Lateinamerikas

Mit dem Ende des Bürgerkrieges zwischen den Blancos und Colorados begannen die "fetten" Jahre des Landes. Unter dem Colorado-Präsidenten Battle, der Anfang des 20.Jahrhunderts eine Reihe von Reformen einführte, erreichte Uruguay einen für Lateinamerika ungewöhnlichen Wohlstand. Grundlage dieses Wohlstandes war die Viehwirtschaft, die die industrielle Entwicklung des Landes beschleunigte. Der Fleisch- und Lederwarenexport waren die ökonomische Basis um innerhalb des Landes ein Reformpaket durchzusetzen, das für Südamerika aber auch für Europa vorbildlich war. Zu diesem Paket gehörten die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Trennung von Kirche und Staat, Schutzzölle zugunsten der einheimischen Industrie, die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und der 8-Stunden Tag. Später kamen das Recht auf kostenlosen Unterricht an Schulen und Universitäten, die Arbeitslosen- und Rentenversicherung und der soziale Wohnungsbau hinzu. Dies alles geschah einige Jahrzehnte vor dem europäischen "Wohlfahrtsstaat". Während des ersten und zweiten Weltkrieges belieferte die Fleisch- und Lederindustrie Uruguay die kriegführenden Parteien. In der Zeit bis zum Korea-Krieg konnte sich so ein breiter Mittelstand und ein großer Apparat an Staatsangestellten herausbilden. Uruguay hatte die härteste Währung des Kontinents und war eines der beliebtesten Einwanderungsländer.

Der Beginn der Krise

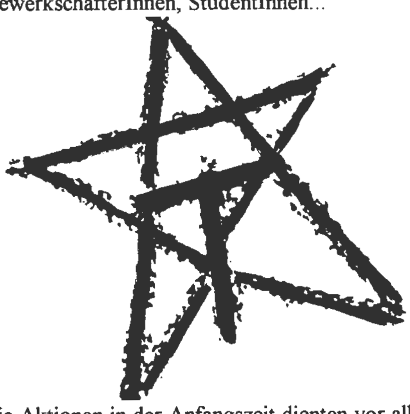
Die Wirtschaftskrise, deren ersten Symptome sich 1954 zeigten, resultierte aus dem Zusammenwirken gewisser Faktoren, die unmittelbar mit den Ursachen des Wohlstandes von einst zusammenhingen. Der Schlüsselfaktor der uruguayischen Wirtschaft war die Viehzucht. Durch die Qualität des Bodens und die billigen Arbeitskräfte auf dem Land konnten die uruguayischen Viehzüchter ihre Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen auf dem internationalen Markt verkaufen. Die beiden Weltkriege und der Koreakrieg hatten die



Nachfrage nach Fleisch, Wolle und Leder beträchtlich erhöht. Die Großgrundbesitzer verfügten also nach diesen Kriegen über beträchtliche Kapitalien, die sie aber nicht für den Aufbau einer unabhängigen nationalen Industrie einsetzten. Die Hauptdevisenquelle blieb die Viehwirtschaft. Nach dem Krieg verschwanden die Absatzmärkte. Die westlichen Industrien verfügten mittlerweile über eine eigene, ausreichende Produktion. Zudem tobte auf dem Weltmarkt die Konkurrenz und führte dazu, daß die Preise für Fleisch, Leder und Wolle in den Keller fielen. Dies waren aber genau die Produkte, von denen die Monostruktur-Wirtschaft Uruguays abhing. das Land geriet in eine schwere Krise und mußte 1960 sein erstes Abkommen mit dem IWF unterzeichnen. Seither diktiert der IWF die uruguayische Wirtschaftspolitik. Die Folgen sind bekannt. Privatisierungen, Rückgang der Produktion, Steigen der Arbeitslosigkeit, Kürzungen der Sozialleistungen, Inflation...

Die Entstehung der Tupamaros

Als Folge auf die sozialen Auswirkungen der IWF-Politik verstärken sich die Arbeits- und sozialen Kämpfe und damit einhergehend der Organisationsgrad der ArbeiterInnen und StudentInnen. 1962 macht ein gewisser Raul Sendic von sich reden. Er gründete im Landesinnern - wo die Menschen von den sozialen Errungenschaften der städtischen ArbeiterInnen nur zu träumen wagten - die Gewerkschaft der Zuckerrohrarbeiter. Sie erreichte nach 2 Monaten Streik eine Reihe von Zugeständnissen, die jedoch nicht eingehalten wurden. Daraufhin zogen die Arbeiter mit ihren Familien zu Fuß in die 600km entfernte Hauptstadt und forderten vom Parlament Ackerland. Die Demonstration hatte keinen Erfolg. Noch im selben Jahr formierte sich eine Gruppe von Mitgliedern der sozialistischen Partei, Bauern und Freunden von Sendic zum Kern der später weltberühmten Stadtguerilla. Mit der Parole "Taten einigen, Worte spalten" wurde ideologischen Streitereien aus dem Weg gegangen. Zulauf erhielt die Bewegung aus den verschiedensten Richtungen: Sozialistische Partei, Anarchistische Föderation, Kommunistische Partei, traditionelle Parteien, ChristInnen GewerkschafterInnen, StudentInnen...

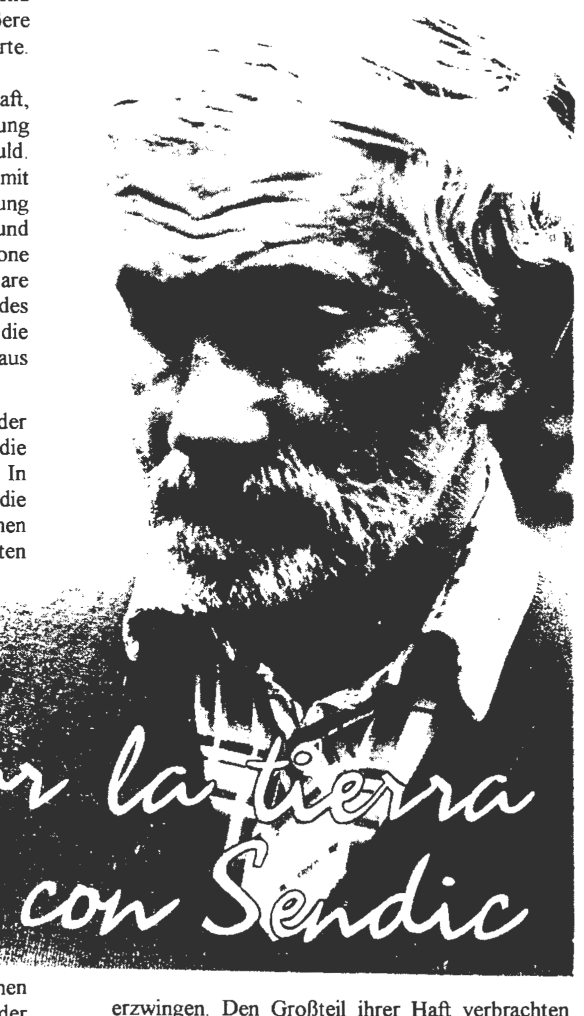


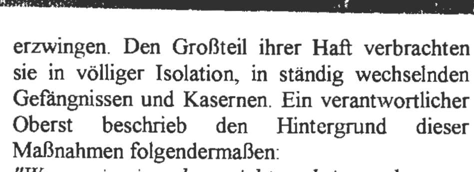
Die Aktionen in der Anfangszeit dienten vor allem der Geld- und Waffenbeschaffung sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Propagandaaktionen, wie die Verteilung enteigneter Lebensmittel in den Elendsvierteln, die Aufdeckung von Korruptionsskandalen oder der Überfall auf das Spielkasino ließen die Popularität der Tupamaros national ansteigen. Der Name Tupamaros taucht zum erstenmal am 25.August 1965 auf. An diesem Tag zerstört eine Bombe das Tor des Bayer-Depots in Montevideo. Ein Flugblatt wird hinterlassen:

*"Tod den Yankee-Mördern in Vietnam! Angesichts der kriminellen Intervention in Vietnam müssen die unterdrückten Völker sich vereinigen, um den gemeinsamen Feind zu vernichten. Die Firma Bayer, das Naziunternehmen, liefert den amerikanischen Aggressoren Giftgase. Raus mit den Gringo-Diktatoren! Es lebe der Vietkong! Es lebe die Revolution! **TUPAMAROS***

Aus einer kleinen Gruppe wurde im Laufe weniger Jahre eine Organisation mit mehreren tausend Anhängern, die zunehmend mehr und größere militärische Operationen durchführte. Hauptforderungen der Tupamaros waren:
die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, eine umfassende Landreform, die Verstaatlichung der Banken, keine Zahlung der Auslandsschuld. International bekannt wurden die Tupamaros mit ihren spektakulärsten Aktionen: der Besetzung der Stadt Pando 1969 und der Entführung und Hinrichtung des US-Folterspezialisten Mitrione 1970 (nacherzählt im Film "Der unsichtbare Aufstand" von Costa Gavras), die Entführung des brasilianischen Botschafters und schließlich die Massenflucht von 106 politischen Gefangenen aus dem Gefängnis.

Anfang der siebziger Jahre hatte das Ausmaß der Aktionen ein Niveau erreicht, das sich für die bürgerliche Regierung die Machtfrage stellte. In der Regierungspartei, hatten mittlerweile die ultrarechten Sektoren die Macht übernommen (seit 1967 wurde vom Ultrarechten Präsidenten Pacheco ein Polizeistaat geschaffen, in dem u.a. mit permanentem Ausnahmezustand und verstärkter Repression der Weg in die Militärdiktatur geebnet wurde), und begannen mit Hilfe des Militärs und der USA das Land mit einer Welle des Terrors und der Folter zu überziehen.





Der Weg in die Militärdiktatur

Nachdem die Wahlen von 1971 keinen Regierungswechsel gebracht hatten, der wirtschaftliche Niedergang katastrophale Ausmaße angenommen hatte und die Repressionsschraube immer enger gedreht wurde, rief die MLN 1972 die Generaloffensive aus und unternahm eine Reihe von Anschlägen gegen Militärs und Mitglieder der Todesschwadronen. Das Ziel mit dem Aufstand der bewaffneten Kader einen Volksaufstand auszulösen scheiterte. Die Gegenoffensive der Militärs zerschlug die Bewegung innerhalb weniger Monate. Die MLN-Tupamaros und ihr legaler Arm, die Bewegung 26.März, die Teil des 1971 gegründeten Linksbündnisses Frente Amplio war, waren ab September 1972 zerschlagen. Viele AktivistInnen wurden ermordet, eingekerkert oder flüchteten ins Exil. Innerhalb der nächsten Jahre stieg die Zahl der politischen Gefangenen auf 50.000 Menschen an.

Der Putsch

Im Juni 1973 löste der Präsident Bordaberry das Parlament auf und übergab die Macht an die Militärs. Die Wirtschaft des Landes steckte in einer katastrophalen Krise, die immensen Ausgaben für Polizei und Militär hatten den Staatshaushalt gänzlich zerrüttet und die Inflation in ungeahnte Höhen getrieben. Der Gewerkschaftsdachverband CNT versuchte den Putsch durch einen zweiwöchigen Generalstreik zu verhindern - der fehl schlug, nicht zuletzt dadurch, das die bewaffneten Gruppen und deren SympatisantInnen sich bereits im Gefängnis befanden.

Widerstand

Die nächsten 12 Jahre Diktatur veränderten das Land nachhaltig. Jegliche oppositionelle Regung wurde verfolgt. Die Zahl der politischen Gefangenen stieg auf 50.000. Fast alle wurden gefoltert. Führungsmitglieder der MLN, darunter Raul Sendic, Mauricio Rosencof und Eleuterio Fernandez Huidobro wurden für elfeinhalb Jahre als Geiseln der Junta gehalten, um ein Stillhalten der noch draußen agierenden AktivistInnen zu erzwingen. Den Großteil ihrer Haft verbrachten sie in völliger Isolation, in ständig wechselnden Gefängnissen und Kasernen. Ein verantwortlicher Oberst beschrieb den Hintergrund dieser Maßnahmen folgendermaßen:

"Wenn wir sie schon nicht umbringen konnten, als wir sie geschnappt haben, werden wir sie in den Wahnsinn treiben."

Fast 500.000 UruguayerInnen verließen ihr Land und gingen ins Exil. Die Militärs machten sich daran ein neoliberales Wirtschaftsprogramm umzusetzen. Sie stürzten damit die Ökonomie Uruguays restlos in den Abgrund. Das Realeinkommen der Bevölkerung sank in den Jahren der Diktatur um die Hälfte des Einkommens vor der Diktatur. Die Slums wuchsen, die Arbeitslosigkeit erreichte über 16 Prozent. Friedhofsruhe lag über dem Land. Trotz der brutalsten Unterdrückung konnten die Militärs die Bevölkerung nicht zum Schweigen bringen. 1980 wollte das Militär, nicht zuletzt durch den Druck des Auslandes, seine Macht- und Gewaltpolitik durch die Bevölkerung legalisieren lassen. Doch die Menschen brachten bei einem Referendum ihr klares Nein gegenüber den Militärs zum Ausdruck. Dieses Ergebnis schien wie eine Initialzündung für die Menschen gewesen zu sein. Immer öfter gab es Demonstrationen und Streiks. Die Menschen verloren die Angst vor der Repression. Die Gewerkschaften, zwar noch illegal, besaßen intakte Strukturen. Während der 1.Mai Demonstration, die das erste Mal von den Militärs zugelassen wurde, kamen 300.000 Menschen. Mit den Forderungen "Rückkehr zur Demokratie" und "Freilassung aller politischen Gefangenen", wurde es die eindrucksvollste und größte Kundgebung gegen die Diktatur. Um einem allgemeinen Volksaufstand zuvorzukommen und um die Modalitäten für die nächste Etappe selbst bestimmen zu können, veranlaßten die USA ihre uruguayischen Statthalter Verhandlungen mit den bürgerlichen PolitikerInnen über das Ende der Diktatur und die Einsetzung einer bürgerlichen Regierung.

Die Zeit nach der Diktatur

Nach der Wahl des Colorado Präsidenten Sanguinetti zum Staatspräsidenten 1985 zogen sich die Militärs wieder zurück in die Kasernen. Im Hintergrund bestimmen sie allerdings bis heute die Geschichte des Landes. Die politischen Gefangenen - unter ihnen die Tupamaros - wurden freigelassen und zum Großteil amnestiert. Sofort nach der Freilassung begann die ehemalige Stadtguerilla mit der Reorganisation der "Nationalen Befreiungsbewegung" - nun jedoch als legale Organisation. Ohne sich ideologisch von bewaffneten Widerstandsformen zu distanzieren, arbeiten die Tupamaros seither schwerpunktmäßig in Basisorganisationen mit und beteiligen sich am Aufbau linker Bündnisse. Die Tupamaros sind seit 1989 innerhalb des "Movimiento de Participacion Popular" - MPP - (Bewegung für Volksbeteiligung), das mehrere revolutionäre Gruppen umfaßt. Das MPP ist wiederum Teil des oppositionellen Linksbündnisses Frente Amplio (Breite Front). In der Frente sind neben der MPP, die sozialistische Partei, die renovierte kommunistische Partei, Sozialdemokratische Strömungen und andere. Die Frente Amplio ist landesweit die drittstärkste Partei. In Montevideo stellt sie als stärkste Fraktion den Bürgermeister. Die Tupamaros legen den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Stärkung der Basisstrukturen und nicht auf den Parlamentarismus. Auch wenn die Mitglieder der MLN-T keine Ämter und Mandate übernehmen, sind die sich weitgehend darüber einig, daß für die momentane Situation in Uruguay eine beschränkte Teilnahme am Parlamentarismus angebracht ist, ohne darüber die außerparlamentarische Arbeit zu vernachlässigen.
Ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Medienarbeit. Vor allem das Radio Panamericana ist von überragender Bedeutung (siehe Kasten). Weiterhin geben die Tupamaros zwei Zeitungen heraus. Die Mate Amargo und die Tupamaros. Auch einen Verlag können die Tupamaros ihr Eigen nennen. Die Tupac Amaru Edition (TAE).
Ein anderer Arbeitsschwerpunkt sind die verschiedenen Kooperativen auf dem Land, die von den Tupas unterhalten werden und die Koordinationsstellen gegen die Armut in den Elendsvierteln Montevideos. Ein anderer Bereich ist die umfangreiche Gewerkschaftsarbeit.

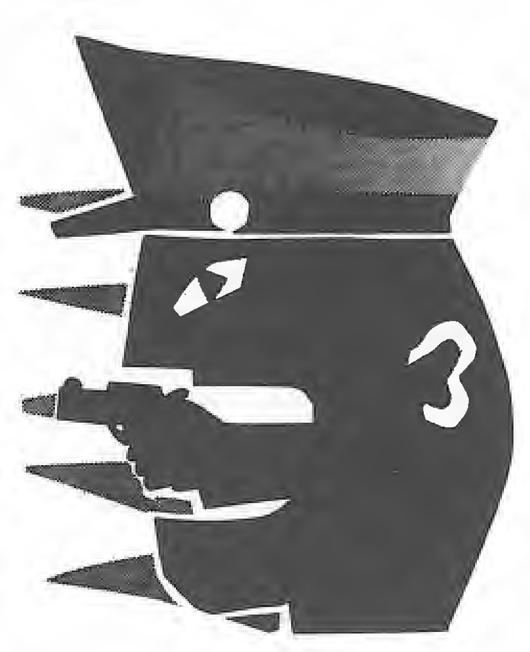
Die Volksbewegung



Wie schon erwähnt, arbeiten die Tupamaros in den Basisbewegungen. Diese spielen eine wichtige Rolle. Vor allem während der Kampagnen gegen die "Amnestie der Menschenrechtsverletzter" und gegen die "Privatisierung der Staatsunternehmen" gelang es der Volksbewegung sich entscheidend in



die Innenpolitik des Landes einzumischen. Eine breite Koalition von linken Organisationen und Basisvereinigungen erreichte in beiden Fragen die notwendige Menge an Stimmen (25% der WählerInnen), um Volksabstimmungen zu erzwingen. Allein die Tatsache, daß Regierung und Parlament gegen ihren Willen genötigt wurden, die Meinung der Bevölkerung einzuholen, kann als Erfolg der Linken gewertet werden.
Die Amnestie der Menschenrechtsverletzter wurde nach einer zweijährigen Debatte in der Abstimmung vom 16.April mehrheitlich bestätigt. Trotz dieser für die Linken schmerzlichen Abstimmungsniederlage hatte die mit der Kampagne verbundene Aufarbeitung der Untaten der Militärs sowie die breite Einbeziehung von Basiskomitees positive Aspekte für die Linke. In einem weiteren Referendum stimmten im November 1989 82% für die Angleichung der Renten an die Inflation, die alle 4 Monate erfolgt.
Die gestiegene Zustimmung zur Linken spiegelte sich auch bei den Parlamentswahlen von 1989 wieder. Die durch den Eintritt der MLN-Tupamaros nach links gerückte Frente Amplio erzielte landesweit 21,3% und konnte in Montevideo mit 36,8% erstmals den Bürgermeister stellen.
Der vom Parlament mit einer Stimme Mehrheit beschlossene Ausverkauf der staatlichen Telefon-, Elektrizitäts-, Fluggesellschaften, Erdöl- und Alkoholraffinerien, des Hafens sowie der Fischereiflotte wurde von der Bevölkerung in der Volksabstimmung vom Dezember 1992 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Dies ist einmalig in ganz Lateinamerika. Dieses Ergebnis gilt als schwerer Schlag gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik des Präsidenten Lacalle, der den Verkauf der Staatsunternehmen zu einem Kernstück seiner Sanierungspolitik gemacht hatte. Mit diesem Abstimmungserfolg konnte die Linke den neoliberalen Kaputtsanierern eine herbe Abfuhr beibringen; ihre eigentliche Herausforderung liegt jedoch in der Ausarbeitung einer realistischen wirtschaftspolitischen Alternative.
Die wirtschaftliche Situation spitzt sich aufgrund der neoliberalen, nach IWF-Auflagen konzipierten Politik des Präsidenten, trotz der Abstimmungsniederlage vom Dezember 1992, weiter zu. immer mehr Menschen brauchen zwei Jobs, um ihre Existenz sichern zu können (bei Lebenshaltungskosten von etwa 80% des hiesigen Niveaus und 400-600DM Durchschnittsverdienst monatlich, verständlich). Die Armut wächst und damit auch die Zahl derer die in Elendsvierteln leben müssen (über 15% der Bevölkerung Montevideos lebt in Slums, über 40% in ungenügenden Wohnungen). Die zugespitzte Situation bringt die Militärs wieder auf den Plan. 1993 wurden mehrere oppositionelle Menschen ermordet aufgefunden. Die Art und Weise der Morde, läßt darauf schließen, daß Todesschwadronen dafür verantwortlich zu machen sind. Die Morde und Morddrohungen, die breite Palette aller Einschüchterungs- und Desorientierungsversuche stehen im Zusammenhang mit den 1994 stattfindenden Wahlen, bei denen die Frente Amplio Chancen hätte zu gewinnen. Die Aktionen und Einschüchterungen sollen die Volksbewegung verunsichern, mit dem Ziel die Linke zu schwächen.



So. Das war der erste Teil. In der nächsten Ausgabe wird es theoretischer. es wird um Organisierung und politische Positionen gehen.

Die Grundlage für diesen Text stellen folgende Werke und Texts dar:
- Ches Erben (Albert Sterr)
- Die Guerilla zieht Bilanz (Gaby Weber)
- Materialien zu Uruguay (Lateinamerikazentrum)
- Uruguay-Reader (AK-Pitrre, Bremen)
- Die Tupamaros (Alain Labrousse)
- Wir die Tupamaros (Verlag Roter Stern)
- Interim (Nr.256)

Die VerfasserIn nahm sich die Freiheit viel abzuschreiben, ohne die AutorInnen hervorzuheben. Es muß ja nicht neu formuliert werden, wenn altes sich bewährt hat.



auch die KonsumentInnen erst ab 18 Jahren und nach Ablegung einer Prüfung die Lizenz zum Kauf von Drogen erhalten. Diese Lizenz könnte bei Regelverstoß auch wieder entzogen werden. Um zu verhindern, daß durch den Kauf großer Mengen Heroin der Schwarzmarkt weiter bestehen könnte, sollen die LizenzbesitzerInnen durch ein von ihnen mitgeführtes Kontrollbuch oder gar per zentralem Computersystem kontrolliert werden. Eine andere Art der Mengen-Regulierung wäre die Abgabe von "one shot"-Rationen incl. Einwegspritze. Auch die Stoffzusammensetzung könnte, ähnlich wie beim Alkohol, variieren. Einige AutorInnen sehen auch eine Besteuerung vor.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Konzept des staatlich regulierten Verkaufs auf der Überlegung basiert, Heroin rationiert oder ohne Mengenbegrenzung als Genußmittel von lizensierten Verkaufsstellen oder Händlern an ebenfalls lizensierte oder nicht-lizensierte KundInnen abzugeben.

Kritik:
Ungeklärt bleibt auch hier die Frage, nach welchen Kriterien die ProduzentInnen, VerkäuferInnen und KonsumentInnen die Drogenzulassung erhalten sollen. Denkbar ist, daß der Erwerb des "Drogenführerscheins" eher dazu führt, daß GebraucherInnen vor dem legalen Zugang abgeschreckt werden. Außerdem geht es bei der Fahrlizenz um die Verhinderung der Gefährdung Dritter, während der Konsum von Drogen allenfalls eine "Selbstgefährdung" darstellt.
Bei der Festlegung der kaufbaren Menge ist ebenfalls zu fragen, nach welchen Kriterien diese festgelegt werden sollen. Einerseits sollte die Menge noch eine ausreichende Wirkung haben, andererseits keine toxischen Reaktionen verursachen. Doch da Jede/r Konsument/in seine/ihre eigenen Dosis braucht, bleibt dieses Problem in dem vorliegenden Konzept ungelöst.

4. Freiverkäufliches Heroin

Die VertreterInnen dieses radikalsten Konzepts streben die Entwicklung einer Drogen- bzw. Heroinkultur an, in der die GebraucherInnen eine umfassende Kenntnis über die Drogen aufweisen und daher einen selbstbestimmten Umgang erlernen und in der es einen besseren Halt gibt als in der derzeitigen Junkie-Szene, die gekennzeichnet ist durch Vereinzelung, Brutalität, körperlicher und seelischer Verelendung. Ziel dieses Modells ist die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation der KonsumentInnen.
Wenn der Anspruch erhoben wird, qualitative Indikatoren wie den Gesundheitszustand und die Arbeits- und Beziehungsfähigkeit der Abhängigen zu verbessern und ihnen die Möglichkeiten zu eröffnen, aus der menschlich und ökonomisch unwürdigen Situation herauszufinden, dann sollte eine Legalisierung gewagt werden.
Die Bereitschaft, Heroin legal zugänglich zu machen, muß nicht automatisch heißen, daß auf Eingriffe, Planungen und Kontrollen verzichtet wird. Eine Teillegalisierung wird in Zwischenschritten erreichbar sein, die besonders im Ausbau der niedrigschwelligen Drogenarbeit (z.B. Einrichtung von Fixerstuben) liegen und die begleitet werden sollten von verschiedenen Maßnahmen wie Aufklärung, Beratung und Behandlung.



Für die Entstehung einer solchen Drogenkultur müßte Heroin gleichgestellt werden mit anderen Genußmittel, die z. B. der Kontrolle des Lebensmittelrechts unterliegen würde. Produktion, Vertrieb und Verkauf würden wie bei Alkohol und Tabakwaren geregelt werden und der Preis, die Qualität und die Verfügbarkeit würden sich über die Nachfrage bestimmen lassen. Eine Besteuerung soll die Folgekosten des einzelnen und der Gesellschaft, die durch den Konsum entstehen können, abdekken. In Supermärkten oder Lokalen, entsprechend Wein- und Bierwirtschaften, könnte Heroin auch in neuer Zusammensetzung als Getränk, als Schnupfmittel oder in Zigarettenform angeboten und verkonsumiert werden. Diese Totallegalisierung würde, wenn die Preise unter dem Schwarzmarktpreis liegen, den illegalen Handel vollständig zum Erliegen bringen und die Beschaffungskriminalität überflüssig machen. Auch der Aufwand eines Überwachungsapparates und dessen Probleme, wie sie für das Konzept des staatlich regulierten Verkaufs aufgezeigt wurden, würden bei der Umsetzung dieses Modells gar nicht erst auftauchen und der Ausgrenzung und Diskriminierung von DrogengebraucherInnen ein Ende bereiten.

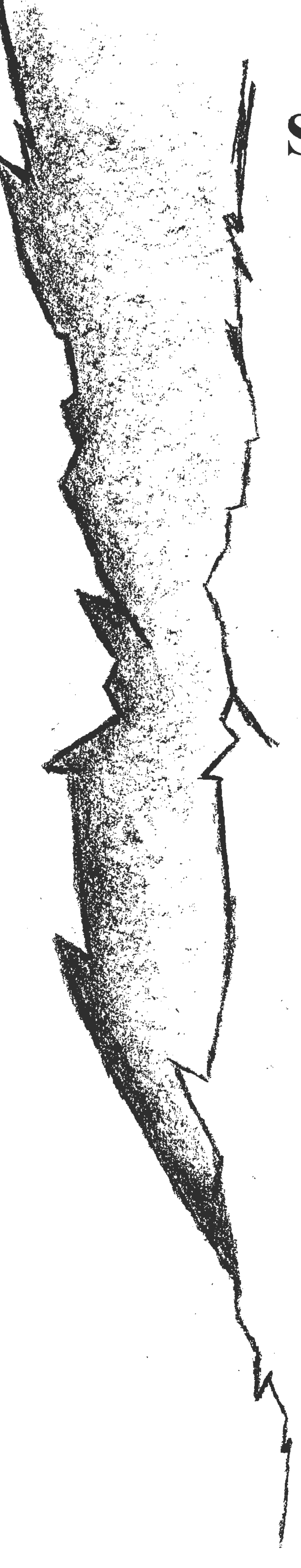
Kritik:
Um dem Problem der Produkthaftung zu begegnen, wird vorgeschlagen, ähnlich wie bei Lebens- und Arzneimitteln, eine Packungsbeilage oder -aufschrift vor, in der auf die Gefahr des Genusses hingewiesen wird. HerstellerInnen und VerkäuferInnen könnten so für Negativfolgen nicht zur Verantwortung herangezogen werden.
Eine Regelung über das Lebensmittelgesetz erweist sich insofern als schwierig, da Produkte, die neu auf den Markt kommen, häufig jahrelang erforscht wurden. Injizierbares Heroin entbehrt aber einer umfangreichen wissenschaftlichen Erforschung und könnte daher den Kontrollprüfungen nicht standhalten. Außerdem dient das Lebensmittelgesetz dem Schutz der Gesundheit der BürgerInnen, die durch unsachgemäßen Konsum jedoch ruiniert werden kann.
Ebenso wie beim staatlich regulierten Verkauf muß die Frage des Jugendschutzes diskutiert werden. Ist der Verkauf erst an Menschen ab 16 oder 18 Jahren erlaubt, so fällt ein Teil der KonsumentInnen aus dem legalen Zugang heraus. Minderjährige könnten zwar über das medizinische Konzept versorgt werden, doch es liegt nahe, daß Jugendliche unter solchen Umständen den Kauf der Droge auf dem Schwarzmarkt favorisieren. Es wird befürchtet, daß die Beteiligung der Regierung am Drogenhandel durch die Steuererhebung die Gefahr mit sich bringt, daß politische Entscheidungen von ökonomischen Interessen determiniert werden.
Das größte Problem ist jedoch die Profitorientierung des Marktes, wenn Heroin mit anderen Lebens- und Genußmitteln gleichgestellt werden würde. So könnte das Marktimperativ dazu führen, daß das Interesse an der Profitsteigerung einen größtmöglichen Absatz und damit erhöhten Verbrauch voraussetzt, was aggressive Animation statt verantwortlichen Umgang mit dem Drogenkonsum zur Folge haben würde.
Die Prämisse "Entwicklung einer eigenen Drogenkultur" wäre damit gefährdet. Einig sind sich jedoch alle VerfechterInnen von Legalisierungsttendenzen, daß ein absolutes Werbeverbot für Heroin festgelegt werden müßte.

Zusammenfassung:
Ein schlüssiges Freigabekonzept, das alle Probleme, Ungewißheiten und Risiken abzuwägen und zu minimieren vermag, liegt nicht vor. Generelle Risiken der Legalisierung lassen sich nicht gänzlich vermeiden. Die meistgenannten Negativfolgen beziehen sich auf
1. die Zunahme der KonsumentInnenzahl,
2. das Fortbestehen des Schwarzmarktes und
3. das Ansteigen der "Drogenprobleme".

All diese Probleme tauchen jedoch unter den Bedingungen der Prohibition auf, weshalb die Beibehaltung des Status quo das größte Risiko darstellt.
Festzuhalten bleibt, daß die Teillegalisierung ebensowenig die Lösung des Drogenproblems bietet wie die Prohibition, sondern lediglich eine Alternative darstellt, um die Probleme zu entschärfen. Eine Entschärfung beginnt mit der Entmystifizierung von Heroin und könnte zu einer gesellschaftlichen Neubewertung von Drogen führen. Doch da die Option der Legalisierung illegaler Drogen bedeuten würde, das Scheitern der bisherigen Drogenpolitik einzugestehen und der jahrzehntelangen Verbotstradition entgegensteht, ist damit zu rechnen, daß die politische Durchsetzbarkeit der Legalisierungsperspektive ein langwieriger, schwieriger und widersprüchlicher Prozeß sein wird.

Schafft ein, zwei, drei ....

Was wir der Presse der letzten drei Monate entnehmen konnten, scheint es zu einem endgültigen Bruch zwischen Teilen der Gefangenen aus der RAF (den Gefangenen aus Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal und Aichach), den RAF-Illegalen und den in Celle inhaftierten RAF-Gefangenen, gekommen zu sein.



Wer sich noch an die beiden, kurz aufeinanderfolgenden Erklärungen der Gefangenengruppe um Brigitte Mohnhaupt und der kurze Zeit darauf veröffentlichten Antwort erinnern kann oder mag, wird sicherlich noch die Schärfe der Auseinandersetzung im Gedächtnis haben. *"Wir machen jetzt eine Sache offen, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich.(...)"* (B. Mohnhaupt, TAZ 28/10). Als Auslöser für diese Entscheidung kann wohl die von den in Celle inhaftierten Gefangenen in Gang gesetzte "Ströbele-Reuter-Bubis"-Initiative angesehen werden. In der Interpretation von Brigitte Mohnhaupt sollte damit "(...) unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden." (s.o.). Dies stellt sich aus ihrer Sicht so dar, daß die RAF-Illegalen und die Celler Gefangenen via oben genannten Vermittlern signalisieren, daß die "Konfrontation" eingestellt wird und das der Staat, als Zeichen, daß er auf das Angebot eingeht, die Gefangenen, die am längsten sitzen freiläßt, die übrigen Gefangenen zusammenlegt und die Illegalen nach begrenztem Exil oder Knast legalisiert. Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes zum Zwecke der Freilassung bzw. Zusammenlegung und die Drohung, daß er wiederaufgenommen würde - bei Nichtannahme des Angebotes - wird als Deal, als bloßes "Druck machen", als Verlust der politischen Bestimmung und Konzeption interpretiert. Karl-Heinz Dellwo, Gefangener in Celle, antwortete darauf in der TAZ vom 1/11, daß es Ziel der Initiative war *"(...) politischen Druck machen in den Reihen der Gegenseite."*
Auch die Antwort der Illegalen kam prompt - und im Ton scharf gehalten: *" (...) Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu verdealen. Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr."* (Erklärung der RAF-Illegalen, 2/11, teilweise in der TAZ abgedruckt.). Weiterhin wird in der dreiseitigen Erklärung noch einmal betont, daß es an der Zeit sei, neue Wege und Gedanken für den revolutionären Umwälzungsprozeß zu entwickeln und welche Rolle die RAF dabei einnehmen könnte: *"(...) Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß."* Damit erinnern sie an die seit '89 von allen gewollte Zäsur, die dadurch notwendig wurde, daß *"die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich machen"* (Irmgard Möller, 15/4/92).
Obwohl auch die Erklärung der RAF-Illegalen den Bruch als eigentlich unvermeidlich bezeichnet, so wird zum Schluß noch einmal ein Angebot zur Versöhnung formuliert: *"Wir fordern euch auf - und das ist uns sehr ernst - jetzt einen Moment innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn ihr dabei über euren eigenen Schatten springen müßt. Wir wissen, daß euch das unser Brief nicht einfach macht, aber ihr könntet verstehen, daß ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist. Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht. Vielleicht ist dies - wenn überhaupt - die letzte Möglichkeit für was anderes. Es liegt nun an euch."*
Uns ist nicht bekannt, daß auf diese Erklärung bis jetzt irgendeine Reaktion von Seiten der angesprochenen RAF-Gefangenen erfolgte. Im Gegenteil: In den letzten Angehörigen-Infos - das Sprachrohr der Gefangenen (allerdings hauptsächlich der Gruppe um Brigitte Mohnhaupt) werden seit Mitte November keine Briefe bzw. Stellungnahmen dazu veröffentlicht. Ob es dafür noch Zeit braucht oder ob der Bruch endgültig ist, können wir nicht beurteilen. Es ist für uns nicht erkennbar, ob von irgendeiner Seite die Spaltung revidiert werden soll.
Was ein ins Gigantische aufgeblähter Polizeiapparat in 23 Jahren nicht geschafft hat, hätte die RAF dann - aufgrund ihrer nicht aufgearbeiteten Geschichte, ihrer zwar propagierten aber nicht weiter umgesetzten Zäsur - selbst erledigt: Die Spaltung in zwei z.Zt. handlungsunfähige Gruppen.

Über den Bruch hinaus ...

Nur: was wird jetzt aus den Gefangenen? Sie sind weiterhin den staatlichen Verurteilungs- und Rachewille ausgesetzt, was für die meisten von ihnen bedeutet, daß sie noch lange, lange Jahre im Knast sitzen müssen. Trotz des Bruches sind sie ja nicht die einzigen, die die Notwendigkeit radikaler Umwälzungen formulieren. Die RAF hat mit ihrer 23jährigen Geschichte eine Kontinuität an grundsätzlicher Opposition entwickelt, die so keine andere Gruppe aufweisen kann. Sie hat sämtliche sozialen und Teilbereichs-bewegungen überlebt und spannt mit ihrer Geschichte einen Bogen zum antiautoritären Aufbruch der späten 60er, als Begriffe wie Revolution, Befreiung, antiimperialistischer Kampf noch zum Sprachgebrauch gehörten. Sie sind damit Teil jener Linken - wie immer sie sich heute auch nennen mag - die in Opposition zu diesem Staat stehen.
In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf, wie der Bruch eigentlich "draußen" aufgenommen wurde. Spalten sich jetzt auch die verbliebenen Antiimp-Zusammenhänge bzw. jene eher gemischten Zusammenhänge, die in den letzten 2-3 Jahren entstanden und die zur Situation und Freilassung der politischen Gegangenen arbeiten? Ideen und Perspektiven einer Arbeit für die Freiheit der politischen Gefangenen sollten auf einer Arbeitskonferenz "Über den Tag hinaus", die am 17.-19.Dezember '93 in Dassel stattfand, diskutiert werden. Über 100 TeilnehmerInnen diskutierten in verschiedenen Arbeitsgruppen. Eine Gruppe mit dem größten Zuspruch beschäftigtete sich fast ausschließlich mit der aktuellen Situation, den Hintergründen der Spaltung. Es scheint, daß "draußen" der Bruch nicht das Interesse an einer Arbeit zu den politischen Gefangenen grundsätzlich in Frage gestellt hat. Das Problem ist vielmehr: Wie kann die gesellschaftliche Isolation an diesem Punkt aufgebrochen werden. Wie kann verhindert werden, daß die x+1te erfolglose Kampagne, die eh nur jene 2000-3000 InsiderInnen erreicht, im Sande verläuft. Wäre hier nicht jene Zäsur, von der seit Jahren geredet wird, hilfreich ?



Marianne Enzensberger (l.) und Margit Czenki im Westwerk

"Die schönste Jugend ist gefangen"

Veranstaltung des Wohlfahrtsausschuß im Westwerk zur Freilassung Irmgard Möllers

Das es auch andere Ansätze, außerhalb des klassischen Rahmens von Antiimps und Autonomen, zur Frage der politischen Gefangenen gibt, zeigte eine Veranstaltung des "Wohlfahrtsausschuss Hamburg" zur Freilassung Irmgard Möllers "Die schönste Jugend ist gefangen" am 14/1/94 im Westwerk in der Admiralitätsstraße - also in einer eher untypischen Lokalität.
Um 20h war der Saal mit über 200 BesucherInnen schon brechend voll, fast ebenso viele warteten draußen vergeblich auf Einlaß. Der Wohlfahrtsauschuß, eine Gruppe von Musikern und MedienarbeiterInnen, wollten an die antiautoritären Anfänge der StudentInnenbewegung Ende der 60er erinnern, als es noch keine Trennung zwischen linker Politik und subversiver kultureller Aktion gab. In einem Film von 1969 über das Knastcamp in Ebrach bei Bamberg waren die AktivistInnen aus der Münchner Subkultur zu sehen. Mit dabei: Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt und Rolf Heißler.
Im Anschluß daran erzählten die Filmemacherinnen Margit Czenki und Marianne Enzensberger von dem Lebensstil, den Vorstellungen und Erfahrungen der damals Aktiven und wie Repression, Desillusionierung und Anpassung zu Entpolitisierung bzw. Systemintegration oder zur kadermäßigen Organisierung wie z.B. der RAF führten. Der Wohlfahrtsausschuß, eher aus der Generation des Punks stammend, dazu: *"Wir suchten, ohne daß wir das so gesagt hätten, nach einer Übersetzung der Radikalität der RAF in eine kulturelle Strategie. (...) Die 68er haben in unseren Augen nichts weiter bewirkt, als eine friedfertige, harmlose Idylle: der kulturelle Ausdruck davon waren ihr phantasieloses Outfit und die langweiligen und depressiven Megabands wie Pink Floyd und Genesis, die sie hörten (...)"*. Bevor Diedrich Diedrichsen an das Mischpult trat, um mit "Rebellenmusik" an die musikalische Subkultur der späten Sechziger und frühen Siebziger zu erinnern, sagte Karl-Heinz Roth noch ein paar Sätze zur allgemeinen politischen Situation und zum bewaffneten Kampf damals. Hier jetzt noch ein längeres Zitat des Wohlfahrtsausschußes über ihr Verhältnis-/Interesse an der RAF:

"Sprechen wir zunächst über die Bedingungen, Erfahrungen und Bedürfnisse, die uns zu dieser Veranstaltung gebracht haben. Als Teile einer linken Subkultur, die kein Interesse daran hat, sich zu integrieren oder reformistisch am Staatswesen herumzudoktern, und mit ziemlich unterschiedlichen Organisations-erfahrungen, haben wir ein grundsätzliches Interesse an allen, die in Opposition zu diesem Staat stehen oder standen. Dazu gehören ganz selbstverständlich auch die Gefangenen aus RAF und Widerstand.
Normalerweise werden Solidaritäts-veranstaltungen für die Gefangenen von einer ziemlich klar umrissenen Szene organisiert. Die Mobilisierung erfolgt auch immer in demselben kleinen Kreis von Unterstützern und gelangt darüber nicht hinaus. Forderungen, wie die nach der Freilassung Irmgard Möllers, laufen dabei Gefahr, schon im Ansatz als aussichtslos zu erscheinen. Angesichts der Situation, in der sich Irmgard hoffentlich bald nicht mehr befindet, erschien es uns wichtig, diese Isolierung zu durchbrechen, also nicht mehr die bekannten Wege zu gehen. Bisher sind wir bei Solidaritätskampagnen für die Gefangenen immer nur aufgetreten in unserer Funktion als Filmer oder Musiker. Wir haben uns immer gerne funktionalisiert und fanden das auch richtig. Wenn jedoch unsere kritische Distanz gegenüber bestimmten Analysen und Aktivitäten zur Sprache kam, fanden wir kein Gehör, im schlimmsten Fall drohte Ausgrenzung oder der Vorwurf des Verrats. Wir haben diese Veranstaltung also auch organisiert, weil wir unsere eigene Position zur RAF klären wollten, weil wir eine Form der Solidarität erklären wollen, die von der Gleichberechtigung der Beteiligten ausgeht, kein hierarchisches Verhältnis zueinander enthält und diese Fragen nicht mehr nur den Spezialisten und 100%igen überläßt. RAF und Unterstützerkreise arbeiteten bisher auf der Grundlage dieses hierarchischen Verhältnis-ses.
Das Gefälle, das dabei zu Tage tritt, weist auf einen grundsätzlichen Mißstand hin, der verkürzt formuliert auch als ein Gegensatz von Kultur und Politik beschrieben werden kann, oder noch einfacher als Trennung zwischen Genuß und Widerstand.(...)"

Worte spalten - Taten einigen
Die MLN-Tupamaros in Uruguay
(2. Teil)

Im ersten Teil des Uruguaytextes, erschienen im Schanzenleben Nov./Dez. 93, gaben wir einen kurzen Überblick über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität des Landes. Wir zeichneten die Entstehung der uruguayischen Guerilla (Tupamaros), den Militärputsch sowie die Reorganisierung der Linken im Jahre 1985 nach. Der zweite Teil des Textes soll nun genauer die Einbettung der MLN-Tupamaros innerhalb der Organisationsstruktur der radikalen und parlamentarischen Linken beleuchten. Im Anschluß daran werden wir versuchen, einige wesentliche theoretische Positionen der MLN zur Demokratie, zum Parlamentarismus, zur Massenbewegung und zur Militanz darzustellen.



PARTEIENSYSTEM UND WAHLEN IN URUGUAY

Im November diesen Jahres finden in Uruguay Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Bei diesen Wahlen hat die Linke Uruguays, organisiert in der Frente Amplio, gute Aussichten auf ein hervorragendes Ergebnis. Die Frente Amplio, momentan zweitstärkste Partei im Land, könnte sogar als Siegerin dieser Wahl hervorgehen. Das Ergebnis der allgemeinen Wahlen vom November 1989 zeigte, daß sich das Zwei-Parteien-System Uruguays im Umbruch befindet. Die beiden traditionellen Parteien, die Blancos und die Colorados bestimmten bisher das Geschehen auf der politischen Bühne des kleinen südamerikanischen Landes. In den 50er und 60er Jahren vereinigten diese beiden Parteien noch 90% der Stimmen auf sich.
Die beiden Großparteien sind in unterschiedliche politische Lager aufgeteilt. Bei den Wahlen treten diese Gruppierungen jeweils mit eigenen Kandidaten an. Die Blancos und Colorados weisen ideologisch und sozial kein eindeutiges politisches Profil auf. Sie sind in diesem Sinne Volksparteien. Die Großparteien sind meist an Führungspersonen orientiert. Die parteiinterne Übereinstimmung ist gering. Oft passiert es, daß Gruppen verschiedener Parteien sich inhaltlich sehr nahestehen.

Die Frente Amplio hat in den 80er Jahren an Gewicht gewonnen. Mit ihrer erneuten Zulassung zu den Wahlen 1989, veränderte sich die parlamentarisch-politische Landschaft in Uruguay nachhaltig. In Montevideo wurde die Frente auf Anhieb stärkste Partei und stellte somit den Bürgermeister. Landesweit schnitt sie schlechter ab, steht aber in der WählerInnengunst insgesamt an zweiter Position.

DIE POLITISCHE ORGANISIERUNG DER RADIKALEN LINKEN, INSBESONDERE DER MLN

Uruguay ist eines der wenigen südamerikanischen Länder, in denen die Linke noch Hoffnungsträgerin ist. Der Zusammenbruch jahrzehntelanger Militärdiktaturen und die damit einhergehenden Demokratisierungsprozesse, haben die politische Entwicklung in Südamerika in den letzten Jahren geprägt. Die uruguayische Linke konnte, nachdem sie aus den Kerkern entlassen wurde, oder aus dem Exil zurückkehrt war, sofort wieder ein wichtiges Wort im Rahmen der gesellschaftlichen Neuformierung mitreden. Sie entwickelte neue Strategien im Spannungsfeld der Abkehr vom bewaffneten Kampf und legalistischer Politik auf parlamentarischer Ebene. Trotz des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus, wurde in den radikalen Teilen der uruguayischen Linken die Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft nicht begraben - im Gegenteil. Die von den USA geduldeten Demokratisierungsprogramme in weiten Teilen des Kontinents brachten statt der, von der Bevölkerung erhofften Veränderungen, ein neoliberales Schockprogramm, das die wenigen Reichen noch reicher und die Massen von Armen noch vergrößerten und ärmer machten. Hier setzen die linken Organisationen an. In den Stadtteilen, in den Slums, in den Fabriken organisieren sie den Widerstand und versuchen realistische Alternativen zur herrschenden Politik zu erarbeiten. Dies und einiges mehr erklärt den Erfolg der uruguayischen Linken. Interessant ist nun, wie sich innerhalb des kleinen Landes die Linke organisiert. Uns interessieren hier vor allem die revolutionären Gruppierungen und die MLN.

VIVA MLN

MPP (MOVIMIENTO DE PARTICIPACION POPULAR)

Die MPP - (Bewegung zur Volksbeteiligung) - wurde Ende 1989 von einigen linken Organisationen, unter ihnen die MLN-Tupamaros, gegründet. Zweck dieses Bündnisses war ein Konzentrieren der radikalen Kräfte, um die Volksbewegung zu stärken. Die Arbeit in der MPP ist thematisch organisiert: in frente juvenil (Jugendfront), comision de vivienda (Wohnraum-kommission), comision de mujeres (Frauenkommission) u.a.
Die Aktivitäten der unterschiedlichen Kommissionen laufen organisationsübergreifend zusammen. In der MPP arbeiten mittlerweile unterschiedliche revolutionäre Gruppen und vor allem auch viele Einzelpersonen zusammen.
Die Basis wählt die Leitung der MPP und bestimmt, wer die KandidatInnen für die Wahlen sind. Jede Basisgruppe hat ihre/n Delegierte/n, die /der sich direkt an die Leitung wendet. Die nationale Führung wird geheim und direkt gewählt, und alle Mitglieder haben das Recht, bei den Sitzungen des Zentralkomitees dabei zu sein.

FRENTE AMPLIO

Die Frente Amplio (Breite Front), die auf Initiative der Christdemokraten zurückging, in der aber auch die Kommunisten schon 1971 maßgeblich mitarbeiteten, ist ein Bündnis von ursprünglich 13 Parteien und Gruppen. Vor den Wahlen 1989 spalteten sich die Christdemokraten und eine andere Gruppierung von der Frente ab. zu diesem Zeitpunkt begannen die Tupamaros sich an der Frente zu beteiligen.
Die Frente Amplio wurde 1971 gegründet als ein breites Bündnis von linken und linksliberalen Kräften. Trotz Repression, Folter und Mord überdauerte die Frente die Diktatur und trug wesentlich zum Rückzug der Militärs bei. Das Spektrum der in der FA vertretenden Organisationen und Parteien ist breit. Kommunistische Partei, Sozialistische Partei. die heute den Bürgermeister von Montevideo stellt, diverse linke Abspaltungen der Altparteien Colorados und Blancos, die MPP, über die die MLN-Tupamaros vertreten sind u.a.

DIE MLN-TUPAMAROS (MOVIMIENTO LIBERACION NACIONAL)

Die MLN wurde, wie schon beschrieben, zwar militärisch zerschlagen, aber nicht ausgelöscht. Die meisten Mitglieder der Bewegung verbrachten bis 1985 die Zeit in den Knästen der Diktatur. 1985, nachdem sich die Militärs wieder in die Kasernen zurückgezogen hatten, kamen auch die letzten Gefangenen der Tupamaros frei. Sie reorganisierten sich als legale politische Partei. Im Vordergrund der Organisation stand zunächst der Wiederaufbau der Bewegung und die



Aufarbeitung der Geschichte. Seit 1989 ist die MLN-T innerhalb des MPP Teil des oppositionellen Linksbündnisses Frente Amplio. Auch wenn die Mitglieder der MLN keine Ämter und Mandate übernehmen, sind die Menschen sich weitgehend darüber einig, daß eine punktuelle Mitarbeit am Parlamentarismus notwendig ist. Die außerparlamentarische Organisierung und Mobilisierung wird dabei jedoch nicht vernachlässigt.
Die MLN ist vertikal organisiert. Das höchste beschlußfassende Gremium ist die Convention (Parteitag). Die Convention wählt das Exekutivkomitee. Die MLN-Mitglieder sind verpflichtet mindestens in einer anderen Organisation, oder in einem anderen Tätigkeitsfeld aktiv zu sein (etwa Stadtteil- oder Gewerkschaftsarbeit).

DIE GEWERKSCHAFTEN

Die ehemalige Dachorganisation CNT, mit 1973 400.000 Mitgliedern, wurde im Juni 1973 verboten. 1979 wurde ein neues Gewerk-schaftsgesetz verabschiedet. Ab 1981 ist eine geheime, firmeninterne Wahl der Gewerkschaftsführung möglich. Der neue Dachverband PIT-CNT hatte maßgeblichen Einfluß auf die politische Öffnung und auf den Rückzug der Militärs. Er organisierte, noch während der Militärdiktatur 1983, erstmals seit 10 Jahren einen Generalstreik, den 500.000 ArbeiterInnen befolgten (bei 3.000.000 EinwohnerInnen ist das schon was!!!). 1985 wurden die Gewerkschaften wieder offiziell zugelassen.
Die uruguayische Gewerkschaftsbewegung ist traditionell vom Staate unabhängig. Die Kommunistische Partei, aber auch die MPP und über sie die MLN, hat starken Einfluß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Machtfaktor in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung. Beson-ders die Staatsangestellten, die etwa 25% der ArbeitnehmerInnen Uruguays ausmachen, sind gewerkschaftlich gut organisiert.

DEMOKRATIE UND PARLAMENTARISMUS

Die breite Vernetzung der MLN in Basisgruppen, Gewerkschaften, MPP und Frente Amplio ist nur zu verstehen, wenn sich bewußt gemacht wird, welches Ziel sie dabei verfolgen. Es gibt verschiedene Kampffelder, die von der MLN besetzt werden, um ein entscheidener Machtfaktor im Lande zu werden. Nur das organisierte Volk kann innerhalb der bestehenden Machtkonstellation von Kapital, Militär und bürgerlichen Parteien ein Wörtchen mitreden. In diesem Sinne besitzt die parlamentarische Aktivität der MLN ihre Bedeutung.

"Die Wahlen stellen eine wichtige Kampfebene dar, wie es auch die Gewerkschafts- oder Studentenarbeit ist. Wir halten sie nicht für die wichtigste, wie es andere Strömungen der Linken tun. Wie schon in der Vergangenheit sehen wir es so, daß die einzelnen Felder des Kampfes je nach dem entsprechenden Moment Priorität haben müssen. (...)Derzeit sieht es so aus, ob die Linke auf nationaler Ebene die Wahlen gewinnen könnte. Die Linke kann so weiter Kräfte ansammeln, was jedoch nicht nur über Wahlen und Parlament, sondern auch über soziale Mobilisierungen (...) Arbeitskämpfe usw. erfolgt. Die gesammelte Stärke kann sich heute in Wahlen konkretisieren, morgen in der Unterstützung eines großen Streiks".

Für die MLN stellt sich das bürgerliche Programm, seine Konzeption der Demokratie, als ein den Bedürfnissen der großen Mehrheiten genau entgegengesetztes Programm heraus.

"Um die Skepsis zu vermeiden, den Rückschritt, war und ist es notwendig klar zu differenzieren zwischen dem populären Programm - verstaatlichend, antiimperialistisch und antioligarchisch - und dem Programm der transnationalen Bourgeoisie, antagonistische Programme, die unvereinbar sind genau wie die Interessen, die sie ausdrücken (...). Die populäre Demokratie ist nicht die Verlängerung der Demokratie der transnationalen Konzerne, sie ist ihre Negation. Sie kann weder aus deren Quellen trinken noch auf deren Methoden zurückgreifen."

Die bestehende Demokratie in Uruguay, bezeichnen die Tupamaros als "bewachte Demokratie" (Democratura), als Demokratie der bürgerlichen Eliten. Sie wollen dieser Form eine partizipative Demokratie entgegensetzen. Für die Tupamaros ist eine Abgrenzung zur bürgerlichen Demokratie wichtig:

"Das verwunderliche ist, daß das Wort Demokratie begonnen hat einen immer kleineren Bedeutungsradius zu haben. Sein Paradigma ist das Modell der westlichen imperialistischen Demokratien. Die Annahme dieses Modell ist der vollendete Beweis der ideologischen Kolonisierung, die die imperialistische Expansion auf der ganzen Welt begleitet."

Die Demokratie nach westlichem Vorbild verwische die Klassenrealität. Die Krise und der Zusammenbruch des Ostblocks verschärfte dieses. Die Demokratie westlicher Couleur erweist sich, vor allem in den abhängigen Ländern des Trikonts, als ein immer feineres Werkzeug zur Vertiefung der Abhängigkeit, der Unterdrückung und der Ausbeutung.

"Die Demokratie ist zu einem der großen Fetische unserer Zeit geworden."

Die USA haben gelernt, das Militärdiktaturen Massenaufstände eher begünstigen als verhindern.

"Deshalb begünstigen sie jetzt eine Formel, die die Gesellschaft unter militärischer Kontrolle hält, aber innerhalb der legalen und demokratischen Grenzen. Das Produkt dieser militärischen Strategie sind die entmündigten Demokratien. Die Falle der Entmündigung besteht darin, dem populären Lager, der Linken und selbst revolutionären Sektoren Freiräume zu belassen, mit der Absicht, ihnen jede ethische und politische Berechtigung zur aufständischen Agitation zu entziehen."

PARLAMENTARISMUS UND MASSENORGANISIERUNG

"Einer der verlockendsten Wege, weil er nah ist, ist das Ausspielen der Wahl-Karte. Ihn einzuschlagen führt auf einen gefährlichen Grat, nämlich zu glauben, daß es möglich ist, indem man den bürgerlichen Staat reformiert oder mitregiert, sich der nationalen Befreiung und dem Sozialismus anzunähern (...)"

Nach Meinung der Tupamaros muß die Demokratisierung ausnahmslos alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen und zu folgendem Ergebnis führen: Gesundheit, Wohnung, Essen, Bildung und Arbeit für alle.

Die Schlüsselbegriffe für die Strategie der MLN heißen Poder Popular (Volksmacht) und acumulacion de fuerzas (Kräfteakkumulation): In dem Begriff Akkumulation ist bereits enthalten, daß die MLN dies als allmählichen Emanzipationsprozeß begreift, der natürlich einer bewußten Steuerung bedarf. Die MLN befürworten ein Organisationsmodell, in dem Massen und Kaderorganisation miteinander verschränkt sind.

"Wir brauchen eine Menge von revolutionären Führern (...). Die Kraft, die sich akkumulieren muß, um die Revolution zu machen, sind die revolutionären Ideen, vergesellschaftet, kollektiviert, popularisiert. Es reicht nicht aus, wenn diese Ideen in den Köpfen der großen Helden, Theoretiker und Anführer der Revolution existieren."

In diesem Sinne wird, so die Tupamaros, in der Massenorganisation Quantität und in der Kaderorganisation Qualität akkumuliert.

"Die politische Massenorganisation ist Bewegung. (...) sie muß sich verwandeln zur revolutionären Anführerin der Gewerkschafts-, Stadtviertel-, StudentInnen- und politischen Bewegung. Nur die Kurzsichtigkeit der Kaderorganisation kann aus der Massenorganisation das Jagd- und Rekrutierungsfeld machen(...)."

In der Kaderorganisation entwickelt sich über die Jahre eine Erfahrung und ein Niveau theoretischer Auseinandersetzung. Es werden

"...die großen Fragen der Revolution debattiert und gelöst, die dann von der Massenorganisation aus mit der Realität konfrontiert werden, wo die konkreten politischen Schritte (...) diskutiert und entschieden werden."

In der Praxis betreibt die MLN zur Verwirklichung ihrer Ziele eine breite Bündnispolitik. Die eigene Organisation also die MLN wird definiert als Bündnis auf individueller Ebene. Die nächste Ebene der Bündnisarbeit ist die MPP. Diese explizit sozialistische Organisation kann als Suborganisation innerhalb des Wahlbündnisses Frente Amplio aktiv werden. Neben der Beteiligung an der Frente, sind die Tupamaros schließlich auch wichtiger Teil innerhalb der Massenbündnisse (frente grande) wie z.B. der Kampagne gegen die Privatisierung der Staatsbetriebe.
Die Demokratie von unten, die die MLN anstrebt, ist eine

"Massifizierung der politischen Führung, die in der Praxis und nicht auf dem Papier verwirklicht ist"



Die Massenbeteiligung am Poder Popular soll Fehler aufheben, soll verhindern, daß die Bürokratie Überhand nimmt, soll Führerkult verhindern und Spontaneismus fördern. Keime von Poder Popular können und müssen auch heute schon verwirklicht werden. Die aktuellen Ziele sind die Eindämmung der Anwendung des "wilden abhängigen Kapitalismus" sowie das Abschütteln der Entmündigung durch das Militär. Dies sind einige Ziele, die noch innerhalb des kapitalistischen Systems, zu erreichen sind.

"Die Revolution wird durch die Beteiligung der Massen gemacht, auch wenn im militärischen Bereich dies anders aussieht."

Um die Massen zu mobilisieren, muß man sie am Geschehen beteiligen, *"ein grundlegender Gedanke des Sozialismus..."*
Die MLN stellt sich der Aufgabe die Massen zu organisieren. Ihre Vorstellung die organisierte Masse zu führen, welche Rolle eine Avantgarde oder eine Führung im revolutionären Prozeß spielt, wollen wir nochmals verdeutlichen:

"Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: es zählt nur die Beteiligung der Massen, es zählt die Zahl und nicht die Führung. Aber die Massen können ja auch bei der christlichen Nächstenliebe landen, in der Gewalt um der Gewalt willen, im Chaos, in sozialen Explosionen ohne klare politische Ziele. Hier setzt die politische Organisation an. Auch nicht die 150-prozentigen Anarchisten haben jemals auf ihre FAU (uruguayische anarchistische Förderation) verzichtet. Das heißt, eine Organisation oder eine Partei spielt eine ganz klare Rolle, sie setzt sich zusammen aus den Aktivisten und sozialen Kämpfern aus den Stadtteilen, Gewerkschaften, sie ist die Summe der gemachten Erfahrungen und die Summe der Verarbeitung dieser vergangenen Erfahrungen. Denn die Theorie, die ideologische Analyse und all das, muß eine politische Organisation verkürzt zusammenfassen und dann wieder an der Basis einbringen, um zur Führung zu werden..."



ZUR MILITANZ

Im Zusammenhang mit der Massenorientierung lassen die Tupamaros auch die Formen des revolutionären Kampfes der 60er und 70er Revue passieren. Sie haben im Hinblick auf ihre eigene Vergangenheit festgestellt, daß revolutionäre Gewalt grundsätzlich vermittelbar sein muß. Militärische Einzelaktionen erschienen zwar radikal und konsequent, ließen sich aber schlecht in die Strategie des Poder Popular eingliedern, da sie in die Isolierung führten. Was die aktuellen Bedingungen betrifft, stellen sie fest, daß die aktuelle Demokratie im Vergleich zur Diktatur immerhin erlaubt, in ideologischer und politischer Hinsicht Kräfte zu akkumulieren:

"Infolge dessen muß die Akkumulationsstrategie legalen und friedfertigen Kampfformen Priorität einräumen: den Mobilisierungen für ökonomische, soziale und politische Forderungen."

Die Tupamaros sind trotzdem meilenweit entfernt vom Dogma der Gewaltfreiheit oder des Legalismus. Im Rahmen der fortwährenden Mißachtung von Grundrechten haben sich auch in Uruguay Kampfformen entwickelt, die weder legal noch friedfertig sind und dennoch breite Unterstützung finden: Haus- und Landbesetzungen, Barrikaden für Stromausfälle, Plünderungen ...
Für die MLN ist es wichtig gesellschaftliche Prozesse aufzugreifen, sie zu begleiten oder zu initiieren:

"Man akkumuliert nicht nur für ein Programm, sondern auch um sich gegen die Konsequenzen zu verteidigen, die diese Akkumulation mit sich bringt. Wenn auch die legalen und friedfertigen Kampfformen für die populäre Strategie prioritär sein müssen, darf das Volk es auf keinen Fall unterlassen, sich vorzubereiten, um seine Institutionen und seine Freiheiten gegen einen möglichen Bruch der Legalität der Reaktion zu verteidigen."

Doch was passiert nun, wenn die Linke die Wahlen gewinnt? Wird die Massenbewegung und die organisierte Linke einschneidende gesellschaftliche Veränderungen initiieren können?

"Wenn die Frente Amplio die Regierungsmacht gewinnt, oder wenn die Linke die Wahlen unter den gegenwärtigen Bedingungen gewinnt, wird sie nicht Revolution machen können. Und wir denken außerdem nicht, daß man die Revolution machen kann indem man Wahlen gewinnt. Andere Kräfte in der Frente Amplio meinen, daß es möglich sei, die Revolution oder die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen im Land durch Wahlen oder über das Parlament durchzuführen. Wir glauben das nicht, aber wir nehmen trotzdem an diesem Kampf teil, so wie wir auch an Streiks für Lohnerhöhungen teilnehmen, obwohl wir nicht glauben, daß das Problem der Ausbeutung der Arbeiterklasse dadurch gelöst werden kann. Wir nehmen aber trotzdem an diesen Streiks teil und beteiligen uns an der Organisierung der Gewerkschaften für höhere Löhne. Wir glauben auch nicht, daß die Probleme des Elends der Bevölkerung in meinem Land, die in Elendsvierteln lebt, durch eine Gemeinschaftsküche, einen Kindergarten oder eine Poliklinik gelöst werden, wenn wir diese aufbauen. All dies gehört aber zum Kampf für unmittelbare Forderungen, und man muß diesen Kampf führen denn ich kann gegenüber dem Hunger meines Volkes nicht gleichgültig bleiben. Es sind auch Formen, mit denen wir lernen können uns zu organisieren und solidarisch zu sein, und es sind Kampfformen, die uns einander näher bringen und mit denen wir Kräfte sammeln, um eines Tages die Revolution zu machen. Für uns sind die Wahlen für die Regierung in einer Stadt oder im Land eine neue Kampfform wie jede andere auch, und wir belügen die Leute nicht, sondern sagen den Leuten, was wir denken, was man damit erreichen kann, und was man nicht erreichen kann."



INTERNATIONALE ORGANISIERUNG

Der MLN ist es bewußt, daß revolutionäre Prozesse nicht mehr nur innerhalb eines Landes stattfinden können. So stellt die internationale Vernetzung natürlich einen wichtigen Bereich der politischen Arbeit dar. Eine sozialistische Revolution beschränkt auf nationale Grenzen ist Utopie. Es gibt viele Beispiele die diese Regeln bestätigen (Zum Glück gibt es auch ein paar Ausnahmen von der Regel). Tatsache ist, daß die Linke nicht mehr in regionalen sondern in transnationalen Kategorien denken muß:

"Der Kapitalismus operiert heute transnational, weltweit. Nicht nur in Form der transnationalen Unternehmen, sondern auch durch die technologische Revolution, die modernen Massenkommunikationsmittel. Wir müssen als Revolutionäre auch in diesen Kategorien denken. Wir können nicht an Revolutionen innerhalb nationaler Grenzen unserer kleinen und verarmten Länder denken. Wir müssen eine neue internationalistische Konzeption des Kampfes entwickeln. Auch die Bourgeois arbeiten mit ihren Unternehmen nicht nur innerhalb der Grenzen ihrer Länder, sondern kontinental und weltweit. Wir müssen uns als Linke ebenfalls international gegen diese Mechanismen und Organisationen, gegen die Internationalisierung der Begrenzungen organisieren. Denn diese Begrenzungen, diese Arme des imperialistischen Kapitalismus können wir einzeln und jeweils auf uns allein gestellt gar nicht zerschlagen."

Ausgehend von dieser Betrachtungsweise haben die Tupamaros konkrete Schritte unternommen. So nahmen sie an dem Kongreß linker lateinamerikanischer Parteien, dem FORO SAO PAULO, teil. Dort versuchen die unterschiedlichen linken Organisationen engere Kontakte zu linken Kräften im übrigen Lateinamerika und in der ganzen Welt zu knüpfen. Denn nur eine geeinte, weltweit operierende Linke kann dem Durchmarsch der Internationale des Kapitals Einhalt gebieten.



"...aún puedo hacer algo por los compañeros."

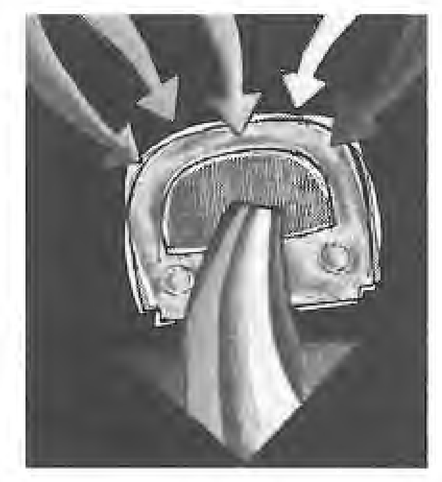
Wasem

Radio Panamericana

la radio de la gente
Montevideo – Uruguay

Solidarität mit Radio Panamericana!

Der Radiosender CX44 -"Radio Panamericana" in Montevideo wurde 1988 hochverschuldet von den GenossInnen der MLN-Tupamaros gepachtet und zum "radio de la gente", dem "Radio der Leute" umfunktioniert. Es gehört seitdem zu den vier beliebtesten Sendern im Land und spielt als Kommunikationsmittel für Basisbewegungen, Initiativen und Gruppen eine wichtige Rolle. Zeitungen sind für Viele unbezahlbar. Die meisten Sendungen sind live - über Telefon oder den Übertragungswagen können sich HörerInnen dazuschalten oder von Aktionen direkt berichten. Bei Mobilisierungen für Streiks oder z.B. dem erfolgreichen Referendum gegen die Privatisierung von Staatsbetrieben im Dezember '92 hat das Radio eine zentrale Bedeutung.



Radio Panamericana muß sich selbst durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzieren, weil kommerzielle Werbeagenturen es boykottieren. Wir möchten in Zukunft regelmäßig aus Hamburg einen monatlichen Betrag überweisen, um z.B. den Monatslohn einer MitarbeiterIn zu finanzieren.

Wir sind eine Gruppe von in Hamburg lebenden Frauen und Männern, die auf unterschiedliche Weise die Möglichkeit hatten die linke Bewegung in Uruguay und Radio Panamericana und seine BetreiberInnen kennenzulernen. Wir haben uns zusammengetan, um in Hamburg eine kontinuierliche Information über die Situation in Uruguay und eine Unterstützung von Radio Panamericana zu organisieren. Wenn ihr als Kollektiv, Gruppe, WG oder Einzelperson die Möglichkeit habt, monatlich einen kleinen oder größeren Betrag fürs Radio zu überweisen, dann macht das auf folgende Konto Nr.:

(steuerlich absetzbar)
Also raus mit der Kohle!!



Konto-Nr: 746979/206
Postbank, BLZ: 20010020
Alfred Hinz, Stichwort: CX44/Dynamo Trikont

Es gibt auch eine Broschüre über das Radio, die ihr bei uns bekommen könnt. Unsere Kontaktadresse: Uruguay Gruppe c/o el rojito, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg, Fax: 040/3904512

Ein aktueller Info-Ordner zu Uruguay steht im Schwarzmarkt.

Stellungnahme der Archiv-Männer zur "Öffentlichen Erklärung" des schwulen Buchladen "Männerschwarm" in Hamburg vom 8.4.1993

Männer verfügen über die Macht zu benennen. Eine große und erhabene Macht. Diese Macht zu benennen ermöglicht es ihnen, Erfahrungen zu definieren, Grenzen und Werte festzulegen, jedem Ding seinen Bereich und seine Eigenschaften zuzuordnen; zu bestimmen, was ausgedrückt werden kann und was nicht; ja, die Wahrnehmung selbst zu kontrollieren.
(Andrea Dworkin, Pornographie)

Im Hamburger Buchladen "Männerschwarm" gab es 1992 zwei Durchsuchungen, in deren Verlauf *Fotomagazine und Bildbände von der Polizei beschlagnahmt* wurden (Alle kursiv gedruckten Zitate entstammen - wenn nicht anderweitig gekennzeichnet -der "Öffentlichen Erklärung").
Angelastet wird dem Männerschwarm *Handel mit Pornografie in Räumen, die Jugendlichen unter 18 Jahren zugänglich sind, sowie Handel mit Kinderpornografie.*

Dem Vorwurf der Kinderpornographie halten die Männer vom "Männerschwarm" folgende Argumentation entgegen:

(...) Wir haben die uns angebotenen Bildbände und Fotomagazine daraufhin überprüft, ob die abgebildeten Knaben freiwillig [sic] *und ohne widerwillen Modell gestanden haben. Unter dem Gesichtspunkt des Kinderschutzes ist dies die entscheidende Frage. Welche Wirkung ein Foto auf den Betrachter hat, ist unwesentlich, solange das fotografierte Kind davon nicht betroffen ist. (...)*
(...) Unserer Meinung nach sieht man es einem Foto an, ob das Kind freiwillig [sic] *eine unter anderem erotische Pose einnimmt. (...)*
(...) Wir sind allerdings nicht der Auffassung, daß die vollständige Leugnung einer kindlichen (= kindgemäßen) Sexualität einen Schutz der Kinder vor solchem Mißbrauch (gemeint ist sexuelle Gewalt an Kindern, d.A.) *darstellt.*
(...) Zu schützen sind Kinder davor, für erwachsene Sexualität als wehrlose Opfer benützt zu werden. Ein solches Schutzbedürfnis besteht- wie alle diesbezüglichen Untersuchungen zweifelsfrei belegen- vor allem in der Familie. Und die Familie ist ebenfalls der Ort, an dem kinderpornografische Videos hergestellt werden, die gegen den Willen und gegen die sexuellen Interessen der Kinder zustande kommen.
In unserem Buchladen ist Kinderpornografie im Sinne der Darstellung sexueller Handlungen zu keinem Zeitpunkt verkauft worden. Wir führen -in Magazinen und Videos- Nacktdarstellungen von Kindern, die von uns daraufhin ausgewählt werden, daß in ihnen keine Hinweise auf Widerwillen der Kinder oder etwaige Zwangssituationen zu finden sind.(...)
(...) Pädophile sind heute in der Situation, in der Homosexuelle vor 1972 waren. Wir haben versucht, mit ihnen solidarisch zu sein. Wir würden uns freuen, wenn Pädos, Schwule, denkende Heterosexuelle mit uns solidarisch wären.(...)

Dieser Argumentation liegen unserer Auffassung nach sowohl eine oberflächliche Analyse von Pornographie[1] als auch eine äußerst unkritische Bewertung "pädophiler" (männlicher) Sexualität zugrunde.
Pornographie ist ein Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen das Subjekt Mann die Frau zum Objekt erklärt bzw. die Frau als solches wahrnimmt. Dieses Wahrnehmen und Definieren als Objekt gilt ebenso für Kinder, und zwar gleichermaßen für Mädchen und Jungen. Denn Jungen werden erst dann zum Mann, wenn sie aus ihrem Objekt-Status heraustreten, indem sie sich mit ihrer Mutter/der Frau entsolidarisieren und ihren eigenen Subjekt-Status annehmen[2].
Stimmt mensch dieser Analyse zu, bedeutet dies aber, daß Frauen und Kinder, solchermaßen als Objekt wahrgenommen und definiert, bestimmte Dinge sicherlich nicht *freiwillig* im wörtlichen Sinne tun, sondern immer eingebettet in den realen gesellschaftlichen Kontext und in die eigene Geschichte/Situation handeln.
Läßt es sich vertreten, daß Jungs die Möglichkeit zum Geldverdienen nutzen, und vor der Kamera posieren, oder muß man dem Jungen geradezu das Recht zuerkennen, sich fotografieren zu lassen?, fragen die Männer in ihrer Erklärung.
Die Frage stellt sich aber genau umgekehrt: Denn liegt es nicht genau in der Logik der oben beschriebenen Struktur, daß pornographische Aufnahmen dadurch legitimiert werden, daß die Jungs für ihr Fotografiertwerden Geld erhalten.
Aber: In patriarchalen Gesellschaften verfügen vor allem Männer über Geld und Geld ist Macht. Wenn sich Männer mit Geld sexuelle Dienste von "Objekten" kaufen, ist das **sexuelle Gewalt**.
Und zwar unabhängig von der jeweiligen Form: Egal, ob Männer **mit Geld** Kinderpornos kaufen (für die sich Kinder prostituieren müssen), ob Männer sich Frauen für sexuelle Dienste kaufen oder ob "pädophile Männer zuhause weggelaufenen Kindern Wohnraum und Verpflegung zusichern und mit diesen dann "freiwilligen" Sex machen, es ist immer ein Geld- und somit ein Machtverhältnis. Und dieses erfordert immer ein Objekt, das gekauft werden und über das verfügt werden kann.
Um es noch einmal deutlich zu sagen: Dies ist strukturelle (sexuelle) Gewalt gegen zum Objekt gemachte Menschen.

Wie die Frauen/Lesben aus dem Hamburger Infoladen Schwarzmarkt in ihrem Flugblatt zur Männerschwarm-Erklärung schreiben, leugnet der Ausdruck "Pädophilie" *die Tatsache der sexuellen Gewalt. Pädo=Kind, phil = liebend drückt das Gegenteil dessen aus, was mit diesem Begriff tatsächlich gemeint ist, nämlich Sexualität von Erwachsenen an Kindern. Pädophilie ist sexuelle Gewalt.* (zit. nach Flugblatt vom 25.08.93).
Die Frauen /Lesben haben deshalb jegliche Zusammenarbeit mit dem "Männerschwarm" aufgekündigt und die Forderung nach Ausschluß aus dem Hamburger Verband linker Buchläden gestellt.
Da wir, wie gezeigt, davon ausgehen, daß das Verhältnis zwischen erwachsenen Männern und Kindern ein Subjekt-Objekt-Verhältnis, also ein Machtverhältnis ist, machen wir keinen Unterschied zwischen hetero/schwulen/oder bekennenden "pädophilen" Männern.
Das Ausnutzen dieses Machtverhältnisses ist sexuelle Gewalt, unabhängig davon, ob diese in der Familie stattfindet oder scheinbar durch "Fachliteratur" als eine Form männlicher Sexualität legitimiert wird.
Wir verweigern deshalb die vom "Männerschwarm" geforderte Solidarität mit "Pädophilen" und fordern stattdessen eine breite Auseinandersetzung mit "sexueller Gewalt gegen Kinder" (und zwar von Heteros, Schwulen und "Pädophilen").

Wir fordern die Männer vom "Männerschwarm" auf, sämtliche Kinderpornographie aus ihrem Sortiment zu streichen. Kinderpornos haben in linken Buchläden nichts zu suchen.
Des weiteren fordern wir, zweifelhafte "Fachliteratur" über "Pädophilie" aus dem Programm zu nehmen, sofern sie versucht, sexuelle Gewalt gegen Kinder zu legitimieren.

Wir wollen aber im Gegensatz zur verständlichen Reaktion der Frauen/Lesben weiterhin den Austausch und die Auseinandersetzung mit den Männern vom "Männerschwarm" suchen und dort auch unseren Rundbrief verkaufen, weil wir es wichtig und richtig finden, unsere Position einzubringen und uns der Diskussion unter Männern nicht zu entziehen.

Hamburg,01.12.1993

[1]Wir werden im Folgenden nicht auf schwule Pornographie eingehen, da für diese das Subjekt-Objekt-Verhältnis nicht in der beschriebenen Form zutrifft
[2]Eine ausgezeichnete Analyse liefert Andrea Dworkin: Pornographie, Frankfurt/Main 1990

Zusatz : Der Männerschwarm ist mittlerweile nicht mehr Mitglied des Verbandes linker Buchläden in Hamburg. Nach monatelangen fruchtlosen Diskussionen auf den Buchladentreffen bei denen der Männerschwarm zu keinerlei Konzessionen betreffend des Sortiments bereit war, wurde die Zusammenarbeit vor ca. einem Monat aufgekündigt. Auch wenn das Besprochene sicherlich für breitere Kreise aufschlußreich wäre, bleibt es ohne das ok aller Buchläden erst einmal eine interne Diskussion.
Dies ist bedauerlich.

Fortsetzung von S.6

St. Pauli war den Nazis seit der "Machtergreifung" ein Dorn im Auge: es galt als widerständig und kommunistisch. Sie hatten vor, das Viertel zu zerstören und seine Bewohner zu vertreiben bzw. zu vernichten. Stattdessen sollten ans Elbufer protzige NS-Bauten gesetzt werden, die der Vorzeige-Nazi-Architekt Konstanty Gutschow entwarf. Zur Verwirklichung dieser Pläne kam es nach den anglo-amerikanischen Bombardements nicht mehr.

Die Flächenbombardierungen großer Städte war ein wichtiger Bestandteil der NS-Kriegsstrategie, der vor allem auf die Demoralisierung der Zivilbevölkerung abzielte. Vor diesem Hintergrund wurde auch die britische Luftkriegsstrategie geändert und ab dem Herbst 1941 zunehmend auch zivile Ziele angegriffen. Hamburg erlitt die schwersten Luftangriffe im Sommer 1943, wo eine unzählige Anzahl von Brandbomben riesige Flächenbrände auslösten, die ganze Stadtteile zerstörten. Mehrere zehntausend Menschen wurden dabei getötet - die genaue Zahl ist bis heute nicht bekannt.

Verglichen mit Hamm, Rothenburgsort oder der Altonaer Altstadt entging St. Pauli einer vollständigen Zerstörung durch anglo-amerikanische Brandbomben und dadurch ausgelöste Flächenbrände. Aufgrund von Schadenskarten, die nach dem Krieg vom Landesvermessungsamt angefertigt wurden und die in der Ausstellung wahrscheinlich zum ersten Mal öffentlich gezeigt wurden, lassen sich die Gebäudeschäden auf St. Pauli schätzen. Etwa ein Drittel der Bauten auf St. Pauli wurden total zerstört, der Rest wurde mehr oder weniger schwer beschädigt und war meistens nach Ausbesserungen wieder bewohnbar. Zu den total zerstörten Gebieten gehörten das westliche und das östliche Ende von St. Pauli-Süd, Teile der Reeperbahn, etwa 20% des Schanzenviertels und ein Drittel des Karoviertels. Heute heben sich diese Gebiete durch ihre typische Nachkriegsbebauung deutlich von der Umgebung ab, wie etwa das östliche Ende der Reeperbahn, wo sich inzwischen zwei leerstehende Spekulationsobjekte gegenüberstehen und sich an asbestverseuchter Öde zu übertreffen versuchen: das IDUNA-Hochhaus und das Astra-Bowling-Haus. Diese beiden Gebäude stammen aus der ersten Phase des Wiederaufbaus in den fünfziger Jahren und zeugen von den Motivationen damaliger Stadtplanung: bis in die siebziger Jahre wurde in St. Pauli vor allem der Wiederaufbau des staatlichen und kommerziellen Sektors gefördert, während der Wohnungsbau vernachlässigt wurde. Besonderes Gewicht wurde auch auf den Straßenbau gelegt, wovon heute Raserstrecken wie die Budapester Straße , die Ost-West-Straße oder der Pepermölenbek zeugen. Anstatt von der bestehenden Struktur des Stadtteils als Wohn- und Gewerbegebiet auszugehen, wurde die Stadtplanung in St. Pauli vor allem an seiner Funktion als "Cityerweiterungsgebiet" mit attraktivem Elbzugang bzw. als kommerzielles Vergügungszentrum orientiert. Mit diesen Stadtplanungskoordinaten wollte man zugleich die Sozialstruktur und das Erscheinungsbild des Viertels umkrepeln. Die ärmeren St. Paulianer sollten kaufkräftigen Mittelständlern weichen und an den Stadtrand in die Trabantenstädte ziehen.

Während sich breiterer Protest gegen diese Sanierungspolitik erst seit den siebziger Jahren formte, paßte die Eigeninitiative der Bewohner/innen seit jeher schlecht in das propere Wunschbild der Planungsbehörden. So griffen bei der Wohnungsnot nach dem Krieg viele St. Paulianer/innen zur Selbsthilfe und bauten sich eigene Hütten oder lebten in Wohnwagen, von denen 1958 auf dem Gebiet von St. Pauli bzw. Altona über 1200 standen. Um diesem ordnungsfeindlichen "Wildwuchs" Einhalt zu gebieten, wurde 1958 mit dem "Wohnwagengesetz" vorgeschrieben, daß niemand auf St. Pauli seinen festen Wohnsitz in einem Wohnwagen haben darf. Aus "hygienischen Gründen" - eine fadenscheinige Begründung, die 1994 auch angeführt wurde, um die Wohnwagenkolonie vom südlichen Schlachthof zu vertreiben. Um ein Zitat eines Bauwagenburgbewohners aus der taz zu klauen: "Wir müssen zugeben, daß es hier nicht so hygienisch zugeht wie im OP des UKE, dafür aber weniger strahlenbelastet." "Und nicht so asbestverseucht wie am östlichen Ende der Reeperbahn.

Die Ausstellung des St. Pauli-Archivs ist leider schon vorbei, aber die Geschichte des Wohnens auf St. Pauli läßt sich viel ausführlicher und besser als in diesem Artikel in der Broschüre: "Im Schatten des großen Geldes". Wohnen auf St. Pauli, vom St. Pauli Archiv nachlesen. Aus dieser Broschüre sind auch die meisten Informationen skrupellos übernommen.

Die Ausstellung über das "Inferno Dresden" läuft noch und wer's nicht lassen kann, geht Mo-Fr. zwischen 7 und 19 Uhr ins Foyer des Rathauses (bis 17. Februar 1994).



Praxiseröffnung

Ab sofort bin ich in neuen Räumen als Klassische Homöopathin tätig.

Sabine Skalla
Heilpraktikerin
Heinrichstraße 14
22769 Hamburg

Tel. 430 51 90
Termine nach Vereinbarung



Schanzenstern

ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS GMBH
Bartelsstraße 12
Öffnungszeiten: Di–So 11.00–1.00 Uhr
Küche: bis 24.00 Uhr
Mittagstisch Di–Fr 12.30–14.30 Uhr
montags geschlossen

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht- und Wochenend
Notdienst, nach Absprache
Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 9 – 18.30 Uhr
Sa 10 – 14 Uhr

BUCHHANDLUNG IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr



Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

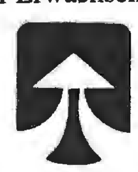
Lederladen

die Spezialisten für
Motorradklamotten
und besondere Ideen
Lederdesign
Reparaturen



Bergiusstraße 12 · 2 Hamburg 50 · Tel. 39 67 79
Di–Fr 14–18.00 Uhr · Sa nach Vereinbarung

KARATE-DO HAPKIDO
AnfängerInnengruppen für Erwachsene



Sportschule Goshin
Glashüttenstraße 79
20357 Hamburg
Tel.: 040/4396594



Schanzenstraße 25 2000 Hamburg 36
Telefon 040-43 77 19





Osterstr. 156 · 20255 Hamburg
Tel. 040/491 95 60 · Fax 040/490 87 06
WIR VERKAUFEN VERLEGTES

